

Peter Melichar

## Die Kämpfe merkwürdig Untoter

K.u.k. Offiziere in der Ersten Republik

Vor nichts fürchte sich einer mehr als vor Gespenstern, die man verjagt hat und die noch da sind.

Karl Kraus, Gespenster (1919)

Haben Sie nicht immer das Gespenst vor Augen, daß der Offizier ein destruktives Element in der Republik ist. Das ist er gar nicht. Aber wenn Sie einem Menschen jeden Tag stündlich zwei-, dreimal das einreden, dann ist es gar nicht zu verwundern, wenn es der eine oder andere einmal wird.

Major a.D. Friedrich Kollarz, Rede vor dem Nationalrat (12. März 1921)

Einen Kampf, der nicht zu gewinnen war, lieferte General a.D. Karl Scotti. Er hatte 1916 im Schloß Pöllau, das sich im Besitz der Gräfin Foscari-Widmann befand, eine Wandtäfelung und ein Holzportal beschlagnahmen und in seine eigene Villa in Warmbad Villach einbauen lassen. 1922 verfügte das Innenministerium die Rückstellung der requirierten Gegenstände. Dagegen erhob nun Scotti Beschwerde beim Verwaltungsgerichtshof. Er führte aus, daß die Rückstellung „die fast völlige Zerstörung“ der Gegenstände zur Folge haben würde. Außerdem behauptete Scotti, daß „gegenüber den italienischen Staatsangehörigen“ sein Recht aufgrund „ausenpolitischen Druckes“ nicht durchzusetzen wäre. Das bisherige Verfahren hätte den Einfluß eines italienischen Politikers spüren lassen, „der seit jeher, wie bekannt, sowohl vor als während des Krieges eine dem Staate Oesterreich ganz besonders feindselige Haltung eingenommen hat.“ Der Verwaltungsgerichtshof wies die Beschwerde zurück.<sup>1</sup> Der General, der im Weltkrieg seine Macht mißbraucht hatte, versuchte nun, den erlittenen Statusverlust zu kompensieren.

<sup>1</sup> Vgl. Archiv der Republik (AdR), Verwaltungsgerichtshof, I/42 von 1923, Z. 1259/1, Beschwerdeschrift, Klagenfurt 12. 2. 1923, Erkenntnis v. 23. 3. 1923, I/42 von 1923, Z. 1259/2; das publizierte Erkenntnis vom 9. 4. 1923, in: Max Schuster, Hg., Sammlung der Erkenntnisse des

Er stilisierte sich als Opfer der italienischen Außenpolitik und verlängerte seinen verlorenen Kampf gegen Italien.

### Ein Gespenst geht um in der Republik

Eines der dringlichsten Probleme der im Herbst 1918 gegründeten Republik war das der Demobilisierung und Veteranenversorgung. Das Militär, vor allem die Offiziere, waren Gegenstand von Angriffen und Kritik. Gleichzeitig konnte die provisorische Regierung auf eine Ordnungsmacht nicht verzichten und mußte mögliche Putschversuche von links und rechts vereiteln. Die Aufstellung einer neuen Streikraft, der Volkswehr, und die Versorgung der Militärangehörigen beruhigten zwar die Situation im Laufe des Jahres 1919, doch Niederlage und Statusverlust – nicht zuletzt aber auch Haß und Mißtrauen breiter Bevölkerungsschichten – hinterließen bei zahlreichen Offizieren ein Gefühl der Enttäuschung und das Gefühl, es wäre ihnen ein unerhörtes Unrecht geschehen.

Mehrere miteinander verknüpfte Dimensionen des Verhaltens und Handelns von Offizieren sollen hier untersucht werden: Die rapide gesunkene Nachfrage zwang den Großteil von ihnen, sich neue Tätigkeitsfelder zu suchen. Dennoch versuchte man, einen Zusammenhalt aufrechtzuerhalten. Für die katastrophale politische und wirtschaftliche Lage wurden der Krieg und die Armee verantwortlich gemacht. Viele Offiziere waren der Ansicht, ihre Pflicht getan und sich den Dank des Vaterlandes, der nun ausblieb, verdient zu haben. Viele reagierten auf die Anschuldigungen mit politischem Engagement. Der alle verbindende Angelpunkt ihrer Existenzform lag in der Vergangenheit, daher war die Erinnerungsarbeit das Zentrum ihrer Aktivitäten. Nicht nur verwandelten sich Offiziere in Archivare, Kriegs- und Militärhistoriker und Sammler, viele wurden journalistisch oder schriftstellerisch tätig, meistens in der Absicht, aus der Vergangenheit zu retten, was eigentlich nicht zu retten war: Vermittels der spezifischen Überlieferungsform der Tradition wollten sie zur Rehabilitierung ihres Standes durch Heroisierung beitragen. Das Offizierskorps war traditionell dem Kaiser verpflichtet, der Eid war auf ihn als den obersten Kriegsherrn abgelegt worden. Die Abdankung des letzten Kaisers, die Entmachtung der Dynastie und die Entbindung der Offiziere vom Eid ließen ein Vakuum entstehen, das neue ideologische Bindungen ermöglichte. Die Metapher vom Überlebenskampf fand im Rahmen von Krisen- und Konfliktbewältigung

Vgl. Archiv der Republik (ARH) – Verwaltungsgerichtshofes 147 vom 1923, X 12561, Beschluss Verwaltungsgerichtshofes (XLVII. Jahrgang 1923). Administrativrechtlicher Teil, Wien 1924, 61, Nr. 13.257 A.

häufig Verwendung: Sie suggerierte eine feindliche, naturhafte Umgebung, in der der einzelne nur überleben würde, wenn er den jeweiligen Bedrohungen siegreich widerstand. Die in der Offiziersmentalität verankerte Vorstellung des Daseins als einer Aufeinanderfolge solcher Kampfsituationen ermöglichte einen teils offenen, teils unterschweligen Revanchismus, der eine soziale und politische Rehabilitation erzwingen wollte.

Am Ende des Krieges, 1918, hatte Österreich-Ungarn etwa 34.000 Berufsmilitärs (Offiziere und Beamte des Heeres, der Marine und beider Landwehren). Davon optierten 16.473 Offiziere (47 Prozent) für die Republik Deutsch-Österreich.<sup>2</sup> Die Reserveoffiziere wurden größtenteils sofort entlassen. Die meisten hohen Berufsoffiziere wurden mit wenigen Ausnahmen sehr schnell pensioniert (unter ihnen etwa 300 Generäle am 1. Jänner 1919)<sup>3</sup>, von den jüngeren traten viele in die neugegründete Volkwehr ein, die als Versorgungsanstalt und Verstärkung der inneren Sicherheit fungierte.<sup>4</sup> Schließlich wurden im Laufe der nächsten Monate die meisten definitiv abgefertigt oder pensioniert. Etwa ein Sechstel der Offiziere verblieb zeitweilig in der Volkwehr, und von diesem wurde wiederum nach dem Staatsvertrag von St. Germain nur die Hälfte in das neu gegründete Bundesheer übernommen.<sup>5</sup> Diese massenhafte Entlassung von Offizieren hatte für Gesellschaft und Politik der Ersten Republik Konsequenzen. Zwar hatte sich der k.u.k. Offiziersstand aufgelöst, doch Fragmente seiner vielbeschworenen Tradition und seines Standesbewußtseins geisterten nun durch Politik und Gesellschaft der Republik. Diese Auflösung führte zu einer Zersplitterung, die eine Verortung durch bündige Formeln oder Kategorien kaum erlaubt: Unter den damaligen Offizieren fanden sich Groß- und Kleinunternehmer, Großgrundbesitzer, Angestellte, Freiberufler, Künstler, Funktionäre, Politiker beinahe aller Lager, Arbeiter, Arbeitslose und Pensionisten mit oder ohne Aktienbesitz. Bezeichnenderweise wurde diskutiert, ob der Offizier ein Arbeiter sei oder dem „geistigen Mittelstande“ angehöre.<sup>6</sup> Ge-

2 Vgl. Österreichische Wehrzeitung (ÖWZ), 1920, Nr. 55, 4; Wolfgang Etschmann, Theorie, Praxis und Probleme der Demobilisierung 1915–1921, Diss. Wien 1979, 140.

3 Vgl. Verordnungsblatt d. Staatsamtes f. Heerwesen (=VBHW), 3/1918, Präs. 1967.

4 Ende Februar 1919 traten 2.679 Offiziere und circa 60.000 Mann in der Volkwehr Dienst. Am schnellsten gelang der Abbau der Reserveoffiziere, im Sommer 1919 waren weitgehend alle entlassen, vgl. Etschmann, Demobilisierung, wie Anm. 2, 103–118.

5 Österreich wurde ein Berufsheer von 30.000 Mann zugestanden, von denen 1.500 Mann Offiziere und 2.000 Unteroffiziere sein durften, vgl. Staatsvertrag von Saint-Germain-en-Laye vom 10. 9. 1919, in: StGBI. 1920, Nr. 90, Artikel 120 (Mannschaft) u. Artikel 129–135 (Bewaffnung).

6 Danzer's Armee-Zeitung, 14. 11. 1918, 1; vgl. Wolfgang Doppelbauer, Zum Elend noch die Schande. Das altösterreichische Offizierskorps am Beginn der Republik, Wien 1988, 69 f.

rade diese Zersplitterung ermöglichte es dem Offizierskorps, nach seinem Zerfall vielfältigen Einfluß auszuüben.

### Zerfall, Schock, Delogierung

Die Tage des Zerfalls der Monarchie, in denen, während noch die alten Institutionen weiterarbeiteten, die Machtstrukturen eines neuen Staates etabliert wurden, bedeuteten für die Träger dieser Uniform einen Schock. Der Haß auf die Offiziere als Repräsentanten des militärischen Machtapparates war ein weitverbreitetes Phänomen<sup>7</sup> und keineswegs auf die Arbeiter oder Sozialdemokraten beschränkt.<sup>8</sup> Auch in der Beamtenschaft waren starke Ressentiments entstanden,<sup>9</sup> und der christlichsoziale Abgeordnete Franz Benedikt Parrer erinnerte noch Jahre später daran, daß „unsere Heeresverwaltung die österreichische Landwirtschaft bis auf den letzten Punkt ausgesaugt und ausgeplündert hat.“<sup>10</sup> Die Uniform, die eben noch als „Ehrenkleid“ gegolten hatte und die den Rang des Trägers verkörperte, verlor in einer rasenden Umwertung ihr Prestige, wurde zum Gegenstand von Spott und Verachtung, die „Offiziere wurden wie Tiere gehetzt“.<sup>11</sup> Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die Szene der Uniformentwürdigung und Entwaffnung weit häufiger erzählt als tatsächlich beobachtet wurde. Allein daß sie in der Literatur den Rang

7 Vgl. die Denkschrift eines deutschen Juristen von 1916, die den Haß auf die Offiziere auf deren privilegierte Stellung zurückführte, Hermann Kantorowicz, *Der Offiziershaß im deutschen Heer*, Freiburg i. Br. 1919, 17 ff.

8 Im Brief eines aufgebrachten Bürgers, der 1917 in einer sozialdemokratischen Veranstaltung verlesen wurde, hieß es: „Offiziere mästen sich und sprechen daher nicht über den Frieden, das Volk aber wird gezwungen, zu leben, wie die Ratten.“ Der christlichsoziale Gemeinderat Kunschak entrüstete sich in einer Gemeinderatsitzung im Juni 1918, die Behandlung der Bevölkerung durch die Regierung sei „schuhfetzenmäßig“, die Hungerrationen bedeuteten „ein Attentat an der Gesundheit des Volkes.“, zit. in: Rudolf Neck, *Arbeiterschaft und Staat*, 2. Bd., Wien 1964, 155 u. 619.

9 Eine BeamtENZEITUNG sprach von „schweren Wunden“ die durch die „Rücksichtslosigkeit seitens der bestandenen Militärhierarchie“ dem Beamtenstand beigebracht worden seien. Anstelle der „unnötig einberufenen“ Beamten konnten „Offiziere (...) im Hinterland oder in der Etappe unnütz herumlungern. (...) Viele Beamte höherer Rangsklassen mußten jahrelang ziel- und zwecklos die Militäruniform eines gemeinen Mannes tragen, weil es so der Eigenliebe der früheren Offizierskaste gefallen hat, weil sie den Beamten demütigen und ihm zeigen wollte, daß nur der Offizier Geltung habe“. *Allgemeines Staatsbeamtenblatt*, 1. 2. 1919, Nr. 1/2.

10 *Stenographische Protokolle*. 52. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich (NP), 2. 11. 1921, 1987.

11 Ludwig Hesshaimr, *Mein Lebensweg vom Soldaten zum Künstler 1872–1954* (Rio de Janeiro 1954), 281, in: *Kriegsarchiv (KA)*, Nachlaß Hesshaimr, B/765, Nr. 1.

eines Erzähltopos erlangt hat, zeigt jedoch, daß es sich um ein Muster handelte, das stereotyp die Vorstellungen von einer falschen und ungerechten Umwertung organisierte. Die Schriftstellerin Gina Kaus erzählt, sie habe beobachtet, wie Bataillone, bestehend aus „halbwüchsigen Burschen aus den Vorstädten“, jedem Offizier, der ihnen begegnete, die Schulterstücke herunterrissen. Sie reagierte mit Empörung und registrierte mit Erstaunen, daß sich die Offiziere nicht wehrten.<sup>12</sup> Viele Beobachter bewerteten das Gesehene oder Gehörte ähnlich: Durch die Degradierung entstand ein vermeintliches Anrecht auf Vergeltung, auf Verbitterung, auf eine Abkehr von der Republik, die keinen Schutz bot.<sup>13</sup>

Konservative Beobachter wünschten sich ein Eingreifen der traditionellen Ordnungsmacht.<sup>14</sup> Von Feldmarschall Borojević wird berichtet, er habe zweimal einen „Marsch auf Wien“ angeboten, den Kaiser Karl am 8. November endgültig abgelehnt hätte.<sup>15</sup> Nicht alle wollten sich damit abfinden, daß der Krieg zu Ende war und sich eine neue politische Ordnung konstituierte. Feldmarschalleutnant Carl Bardolff berichtet von mehrfachen Aufforderungen an ihn, mit Waffengewalt die Herrschaft der Dynastie und der Armee zu retten.<sup>16</sup> Falls diese Erzählung Wahrheitsgehalt hat, ist es immerhin bemerkenswert, daß sich für das abenteuerliche Unternehmen offensichtlich kein Führer fand. Die Kriegshelden waren müde, standen unter dem Eindruck einer Schockerfahrung und wirkten vielfach paralytisch. Manche machten den Kaiser für die Handlungsunfähigkeit verantwortlich: „Hätte der Kaiser damals gerufen“, schrieb ein ehemaliger Reserveoffizier, „ich wäre zu ihm geeilt und viele, viele meiner Kameraden und zu allererst die, die ich als deutsche Republikaner kannte. Der Kaiser aber saß in Schönbrunn und wagte nicht den Ruf, auf den wir warteten.“<sup>17</sup>

12 Gina Kaus, *Von Wien nach Hollywood*, Frankfurt am Main 1990, 64.

13 Die Biographie des Generals Verdross etwa legitimiert den notorischen Haß auf die Republik durch eine abverlangte, jedoch stolz verweigerte Abnahme der Rangabzeichen, vgl. Josef Seelos, *General Verdross 1851–1931*, Innsbruck 1957, 45 f.

14 Ein Polizeifunktionär notierte am 9. November in seinem Tagebuch: „Gibt es denn in Österreich keinen General, der Wien mit seinen Truppen besetzen würde?“ Franz Brandl, *Kaiser, Politiker und Menschen. Erinnerungen eines Wiener Polizeipräsidenten*, Wien 1936, 265.

15 Friedrich Funder, *Vom Gestern ins Heute. Aus dem Kaiserreich in die Republik*, Wien u. München 1952, 549. Dazu wäre Borojević gar nicht mehr in der Lage gewesen, vgl. Oskar Regele, *Gericht über Habsburgs Wehrmacht*, Wien u. München 1968, 166 f.

16 Vgl. KA, Nachlaß Bardolff, B/207, Nr. 9, Carl Bardolff, *Erinnerungen*, 6–9. Auch General Ratzenhofer berichtete von Putschplänen, vgl. Doppelbauer, *Offizierskorps*, wie Anm. 6, 33, Anm. 12.

17 Hans Bleyer-Härtl, *Ringeln um Reich und Recht. Zwei Jahrzehnte politischer Anwalt in Österreich*, Berlin 1939, 37.

Die zurückkehrenden Offiziere reagierten auf die Situation unterschiedlich. Oberstleutnant Hesshaimr kam in Wien an, verschenkte seine Uniform und machte sich, wenn man seinen Erinnerungen glaubt, sofort an die Arbeit.<sup>18</sup> Major Glaise-Horstenau schrieb später, er sei in diesen Tagen „wie ein Traumwandler durch die Welt“ gelaufen.<sup>19</sup> Feldmarschalleutnant le Beau, der am 18. November nach Baden zurückkehrte, soll die ersten Wochen in „einem halbapathischen Zustand, gebrochen an Leib und Seele“ verbracht haben.<sup>20</sup> Wer durch den Zerfall der Monarchie nicht-österreichischer Staatsbürger geworden war, sich jedoch mit dem neuen Heimatstaat nicht identifizieren konnte, fühlte sich endgültig delogiert. Ernst Steeruwitz, der als nunmehr tschechoslowakischer Staatsbürger als Rittmeister den Eid auf den neuen Staat verweigerte, notierte am 18. Dezember 1918 in sein Tagebuch: „Ich (...) wandere wie Ashaver in der Welt herum und habe nichts mehr als ein bezahltes Grab in der Heimat.“<sup>21</sup> Einen aussichtslosen Kampf führte der in Innsbruck wohnende Hauptmann a.D. Edgar Bolhar-Nordenkampf, der mit seiner Familie im Gasthaus „Goldener Hirsch“ logierte und als Graphiker tätig war. Bolhar hatte das Problem, keine Staatsangehörigkeit zu besitzen. Er glaubte, Anspruch auf eine Pension von Seiten der Tschechoslowakei zu haben, konnte jedoch seine „Heimatzuständigkeit“ nicht nachweisen. Auch Polen wollte seine Ansprüche – er war in Krakau geboren – nicht anerkennen. Ein Tiroler Nationalrat nahm sich seiner an, konnte jedoch trotz jahrelanger Bemühungen nicht mehr erreichen als eine einmalige Gnadengabe des polnischen Konsulates.<sup>22</sup>

Der formelhaft anmutende Bericht vom zumindest einige Wochen dauernden Rückzug ins Private findet sich in den meisten Memoiren und Biographien.<sup>23</sup> Die Skandalisierung der Volkswehr wurde zu einem allgemein verbreiteten Topos der Erinnerungs- und Memoirenliteratur und bereitete die Mythisierung der k.u.k. Armee vor. De facto war die Volkswehr ein Auffanglager für Heimkehrer, ein organisatorisches Instrument der Demobilisierung.<sup>24</sup> Ihr schlechter Ruf verdankte sich

18 Vgl. Hesshaimr, Lebensweg, wie Anm. 11, 281.

19 Peter Broucek, Hg., Ein General im Zwielicht. Die Erinnerungen Edmund Glaises von Horstenau, Bd. 1, Wien, Köln u. Graz 1980, 523.

20 Fritz Rotter le Beau, Feldmarschalleutnant Aurel von le Beau, Diss. Wien 1979, 164.

21 Ernst Steeruwitz, Springflut über Österreich, Wien 1937, 147; vgl. Waltraud Baril, Ernst von Steeruwitz, ein österreichischer Politiker der Ersten Republik, Diss. Wien 1965, 61.

22 Vgl. Bundesministerium für Heerwesen an das Bundesministerium für Äusseres, 28. 8. 1924, in: AdR, Neues Politisches Archiv (NPA), Präs., Nr. 26, f. 351, 352.

23 Vgl. Bardolf, Erinnerungen, wie Anm. 16, 6.

24 Die Demobilisierung wurde nicht nur als organisatorisches Problem, sondern als Kampf um „die Machtverteilung beim Aufbau des neuen Staates“ betrachtet, vgl. Julius Deutsch, Aus Österreichs Revolution. Militärpolitische Erinnerungen, Wien 1923, 22.

dem Symbolgehalt einiger Einzelaktionen, vor allem der Roten Garde. Beispielsweise versuchte man, das Militärkasino am Schwarzenbergplatz – Sitz des Verbandes ehemaliger Berufsoffiziere – zu besetzen.<sup>25</sup> Jene Offiziere, die in der Volkswehrdienten, wurden mit Vorstellungen radikaler Gleichheit konfrontiert. Alexander Eifler mußte etwa bei seinem Eintritt die goldenen Aufschläge auf seiner Uniform entfernen, da die anderen Soldaten ihr Mißtrauen bekundeten.<sup>26</sup> Unübersehbar waren jedoch regionale Unterschiede: Im Westen Österreichs hatte die Volkswehr zwar ebenfalls keinen guten Ruf, Berichte von Übergriffen gab es jedoch kaum. Der Oberst Dr. jur. Oswald Echer, der Ende 1918 als militärischer Oberbefehlshaber für den Raum Vorarlberg, Tirol, Salzburg eingesetzt wurde, machte zwar formale Zugeständnisse an die neue Ordnung – er berief eine Soldatenversammlung ein, um die formelle demokratische Zustimmung zu seiner Einsetzung zu erlangen –, verzichtete jedoch keineswegs auf seinen Oberstenrang und führte die Einheiten in traditionell autoritärem Stil.<sup>27</sup> In Wien dürfte das manchem Berufsoffizier nicht gelungen sein.<sup>28</sup> Für Berufsoffiziere, bis dahin Spezialisten der Autorität, war das unzumutbar.<sup>29</sup> Doch andererseits konnte die Volkswehr nach dem Zusammenbruch Österreich-Ungarns und angesichts der Machtlosigkeit der Republik im Rahmen der neuen internationalen Kräftekonstellation keine militärische Funktion im traditionellen Sinn haben. Sie fungierte, wie gesagt, als soziale Versorgungsanstalt, als Auffanglager für Heimkehrer, die nicht wußten, wie sie über den Winter kommen sollten. Sie bildete wahrscheinlich auch den geeigneten organisatorischen Rahmen, in dem Enttäuschungen, Frustrationen, Aggressionen abregiert werden konnten. Nicht zu vergessen ist, daß – wie der Psychoanalytiker Paul Federn 1919 bemerkte – auf eine „ungeheuerliche Steigerung der handgreiflichen Gewalten von Staat, Verwaltung und Justiz mit Militär und Polizei (...) der jähe Zusammenbruch aller

25 Vgl. Hesshairn, *Lebensweg*, wie Anm. 11, 294.

26 Vgl. Helmut Tober, *Alexander Eifler, vom Monarchisten zum Republikaner*, Diss. Wien 1986, 38.

27 Vgl. *Innsbrucker Nachrichten*, Nr. 291, 4. 11. 1918, 3; Wolfgang Rebitsch, *Die Volkswehr und das Bundesheer in Tirol unter Berücksichtigung der Wehrverbände*, Diss. Innsbruck 1976, 15–19.

28 Major a.D. Edmund Finke berichtet, daß sich die Offiziere marxistische Vorträge anhören hätten müssen und daß seine Einheit mit ihm gemacht hätte, was sie wollte: Nur einmal sei es ihm gelungen, mit der Kompanie auszurücken, vgl. KA, Nachlaß Finke, B/1519, Nr. 1., *Autobiographie*, 85.

29 Das Problem des Autoritätsverlustes in den Streitkräften beschäftigte mehrfach die Öffentlichkeit. Mehrere Vorfälle, bei denen „sich ein Teil der Wehrmannschaft direkt gegen ihre Vorgesetzten auflehnt“ und einen Offizier unter Spionageverdacht verhaftet hatte, gaben zu Befürchtungen Anlaß, daß „jede Autorität im Bundesheer völlig (...) untergraben“ (Anfrage des Major a.D. Kollarz) werde; vgl. Anfragebeantwortung des Bundesministers für Heerwesen, 4. 10. 1921, Nr. 70. NP, wie Anm. 10, 21. 10. 1921, Anhang, 427.

staatlichen Autoritäten“ folgte. Er meinte weiters: „(D)ieselben Menschen, die so lange sich ruhig dem Zwange angepaßt hatten, sind plötzlich unersättlich, lüstern geworden nach einer Erneuerung und verlangen ein eiliges Tempo der Revolution.“<sup>30</sup> Die Regierungspolitik, die einen legislativen Rahmen für Reformen ausarbeiten und die revolutionären Dynamik drosseln und steuern wollte, sah in der Volkswehr das geeignete Steuerungsinstrument, um jene, die sie selbst als „Narren“ und „Phantasten“ fürchtete, zu kontrollieren und zu domestizieren.<sup>31</sup> Berufsoffiziere, die ihren veränderten Status nicht akzeptieren wollten, sahen mit der Auflösung der alten Armee ihre ideelle Heimat vernichtet. Gemeinsam mit der Degradierung spielte die Volkswehr im Kanon der Klagen eine bedeutsame Rolle. Zum Zerfall des Staates, zur Auflösung der Armee und der Entmachtung und Abdankung des Kaisers hinzu kam mit ihr noch eine Institution, in der die Berufsoffiziere die Prinzipien ihrer militärischen und pädagogischen Autorität verraten sahen. Gleichzeitig sahen sie sich gezwungen, sich zu arrangieren. Diese Klagen blieben abrufbar, als ihre Ursachen längst beseitigt waren, die Autorität der Offiziere im Bundesheer wiederhergestellt war, die Tradition der k.u.k. Armee wieder hochgehalten wurde und sich die materiellen Bedingungen stark verbessert hatten.<sup>32</sup> Der Zusammenbruch im Herbst 1918 und die Legende vom Unrecht, das den Offizieren angetan worden war, wurde zur Phrase, die jederzeit in das Lamento vom Untergang ihres Standes eingebaut werden konnte.<sup>33</sup> Schon Alfred Polgar hat dies ironisch zurückgewiesen: „Es hat“, bemerkte er, „kein österreichischer General den Heldentod auf der Ringstraße gefunden.“<sup>34</sup>

30 Paul Federn, *Zur Psychologie der Revolution. Die vaterlose Gesellschaft*, Leipzig u. Wien 1919, 4.

31 Julius Deutsch, damals Staatsuntersekretär im Staatsamt für Heereswesen, berichtet in seinen Erinnerungen nicht ohne Ironie, wie er die Rote Garde zur Beruhigung scheinbar wichtige, aber abgesprochene Besetzungen durchführen ließ, vgl. Deutsch, *Revolution*, wie Anm. 24, 34 ff.

32 Generaloberst a.D. Georgi von der Vereinigung christlich-sozialer Militärgagisten forderte noch zwei Jahre später ein Gesetz, das die Rückgabe der „gestohlenen Distinktionen“ (Rangabzeichen) anordnen sollte, vgl. *Arbeiter-Zeitung. Abendblatt*, 19. 1. 1921, 2.

33 Beispielsweise erinnerte 1921 Major a.D. Kollarz im Nationalrat daran, „in welcher unglaublicher Art“ man den Offizieren „die Distinktionen und Kleider vom Leib gerissen hat, wie man sie wahllos in Pension schickte und ähnliches mehr.“ Diese Behandlung brachte er in Zusammenhang mit der politischen Haltung der Offiziere: „Nach der Behandlung, die wir nach dem Umsturz gemeinhin haben erdulden müssen, wäre es eigentlich erklärlich, wenn die Masse des Standes der Offiziere der Republik an sich nicht allzu freundlich gegenüber stehen müßte. Denn sie haben tatsächlich in der neuen Staatsform derart Unglaubliches erlebt.“ NP, wie Anm. 10, 12. 3. 1921, 986 f.

34 Alfred Polgar, *Hinterland*, Berlin 1929, 113.

## Kampf um Öffentlichkeit

Ende Oktober 1918 formulierte eine Militärzeitschrift: „Nur ein Gedanke hat die Macht behalten wie vor dem Kriege und das ist die Macht der Interessensorganisation!“<sup>35</sup> Die Auflösung der Armee veranlaßte das Entstehen neuer Organisationen,<sup>36</sup> und anläßlich der Gründung des *Verbandes der Berufsmilitärgagisten* hielt ein Rittmeister am 16. November eine enthusiastische Rede, die zur Mitarbeit an der Republik aufforderte und mit dem Ruf schloß: „Ans Vaterland, ans Teure, schließ Dich an!“<sup>37</sup> Dieser Enthusiasmus verging den meisten bald. Viele fühlten sich aufgrund drohender Entlassung, Pensionierung bei unzureichender Rente, Arbeitslosigkeit und angesichts entwerteter Ersparnisse von der Republik verraten, ohne zu verstehen, daß die neue Regierung selbst vor den größten Problemen stand. Von entscheidender Bedeutung beim Kampf um ihre Interessen war der Aufbau eines Systems von Netzwerken, bestehend aus einer Vielzahl von Organisationen. Unterstützt wurden sie teils von berufsspezifischen Publikationsorganen, teils von bekannten Zeitungen, die sich zum Sprachrohr von Ex-Offizieren machten.

Die bedeutendsten Organisationen der Offiziere, der *Österreichische Offiziersbund* (Oberes Belvedere) und der *Wirtschaftsverband der Berufsmilitärgagisten* (Militärkasino, Schwarzenbergplatz 1), wurden im Herbst 1918 gegründet. Ursprünglich hatte der *Wirtschaftsverband* den Zweck, Offizieren durch den Verkauf von Gegenständen und Gütern, die der Sachdemobilisierung entstammten, eine Existenzgründung zu ermöglichen.<sup>38</sup> Als öffentliches Forum diente beiden Verbänden die wöchentlich erscheinende *Österreichische Wehrzeitung*.<sup>39</sup> Der Präsident Major a.D. Friedrich Kollarz wurde 1920 als erster Ex-Berufsoffizier auf der Liste der *Deutschen österreichischen Bauernpartei* in den Nationalrat gewählt.<sup>40</sup>

Der *Wirtschaftsverband* organisierte eine Berufsvermittlung; in Linz, Graz und Wien wurden kaufmännische und land- und forstwirtschaftliche Kurse für

35 Das Bürgerrecht für Offiziere, in: *Militärische Rundschau*. Unabhängiges militärisch-soziales Organ, Nr. 85, 31. 10. 1918, 1.

36 Zwei Wochen später wird von einem „Hilfsbund für Militärpersonen“ berichtet, vgl. *Militär-Soziale Rundschau*. Freies Organ für das Volksheer, Nr. 87, 9. 11. 1918, 1.

37 Ebd., Nr. 92, 27. 11. 1918, 4.

38 Vgl. Bleyer-Härtl, Ringen, wie Anm. 17, 42.

39 Die *Österreichische Wehrzeitung* war Ende 1919 durch Fusion der *Militär-Sozialen Rundschau* mit *Danzer's Armee-Zeitung* entstanden.

40 Vgl. *Wehrmachtsfragen*. Von Nationalrat Major Friedrich Kollarz, in: *ÖWZ*, Nr. 71, 1920, 1. Neben Kollarz war noch ein zweiter Funktionär, der Präsident des Kärntner Landesverbandes, Oberstleutnant a.D. Thomas Kliemann, politischer Mandatar, nämlich großdeutscher Landtagsabgeordneter in Kärnten und von 1923 bis 1930 Nationalrat.

Offiziere abgehalten.<sup>41</sup> Seine Haupttätigkeit sah der Verband in der Fürsorgearbeit für seine Mitglieder. Man versuchte vor allem, auf die Sozialpolitik Einfluß zu nehmen. Dabei gab es mehrere Zielsetzungen: Militärische Ausbildungen sollten anerkannt werden beziehungsweise Erleichterungen bei Berufsprüfungen und Berufsausbildungen nach sich ziehen, und es sollten möglichst viele Berufsoffiziere in das Bundesheer oder in den zivilen Staatsdienst übernommen werden. Dabei galt es, demütigende Rangverschlechterungen zu vermeiden und materielle Gleichstellung mit den Staatsbeamten zu erreichen.<sup>42</sup> Offiziere vieler Regimenter bildeten eigene „Kameradschaften“, die informelle Zirkel, Feste, Tanzabende, aber auch Informationsveranstaltungen organisierten. Eine Art Dachverband – allerdings nicht nur für Offiziersvereine – bildete der *Kriegerlandbund* (1928 umfaßte er 285 Kameradschafts- und Heimkehrervereine mit circa 25.000 Mitgliedern).<sup>43</sup> Nicht nur die Offiziere einzelner Regimenter, sondern auch die einzelner Waffengattungen organisierten sich. 1920 gründeten Ex-Artillerieoffiziere die *Vereinigung der österreichischen Artillerieoffiziere*. Ihre Programmatik wurde kurz und bündig formuliert: „Leitspruch und Losung war: Völlig unpolitisch, rein kameradschaftliche Ziele; heilige Pflicht: Pflege der Tradition und Pietät.“<sup>44</sup> Daneben gab es Vereine, die zwar keine ausdrücklichen Offiziersvereine waren, in denen aber Ex-Militärs dominierten.<sup>45</sup>

Neben den nach ihrem Selbstverständnis unpolitischen Interessensverbänden entstanden bald politische Gruppierungen, wie etwa der kurzlebige *Nationalverband deutsch-österreichischer Offiziere* unter der Führung des bekannten Generals Alfred Krauss.<sup>46</sup> Weiters entstanden bald unter der Führung legitimistischer Offiziere mehrere Zirkel, die zwar nicht nur Militärs versammelten, deren Zeitungen

41 ÖWZ, Nr. 54, 1920, 11.

42 Dieses Problem wurde 1920 weitgehend als gelöst betrachtet, vgl. Kollarz, Wehrmachtsfragen, wie Anm 40. Allerdings wurde beispielsweise weiterhin versucht, eine begünstigte Anrechnung der aktiven Militärdienstzeit zu erreichen, vgl. die parlamentarische Anfrage von Major a.D. Kollarz an den Bundesminister für Inneres und Finanzen. NP, wie Anm. 10, 14. 1. 1921, Anhang, 99.

43 Vgl. Die Heimwehr. Offizielles Organ des Selbstschutzverbandes und des Kriegerlandbundes Niederösterreich, 20. 1. 1928, Nr. 3, 4.

44 1922 beschloß man den Bau eines Denkmals für die im Weltkrieg gefallenen Artilleristen, vgl. Gedenkblatt der Vereinigung österreichischer Artillerieoffiziere, Wien 1930, 7–9.

45 Das war beispielsweise in der „Campagnereitergesellschaft“ nach ihrer Fusion mit dem „Offiziersreiterverein“ im Dezember 1919 der Fall, vgl. Staatswehr, Nr. 3, 16.1.1920, 4.

46 Vgl. Der Anschluß. Nachrichtenblatt des Nationalverbandes deutschösterreichischer Offiziere, F. 2, 10. 6. 1920, 4; vgl. zur Person von Krauss: Willi Drogenik, General Alfred Krauss. Eine Biographie, Diss. Wien 1967.

jedoch durch die Mitarbeit pensionierter Offiziere stark geprägt waren.<sup>47</sup> Paramilitärisch organisiert war die 1920 gegründete *Frontkämpfervereinigung* des Oberst a.D. Hermann Hiltl. 1921 hatte sie etwa 4.000, 1923 schon 10.000 Mitglieder. Sie nahm nicht nur Offiziere auf, doch ihre führenden Funktionäre waren durchwegs ehemalige Berufsoffiziere.<sup>48</sup> In ihren Leitsätzen betonte die *Frontkämpfervereinigung*, sie sei eine „vollkommen selbständige und unabhängige Vereinigung“, behauptete, „allgemeines Volkswohl“ gehe ihr vor „kleinliche Parteipolitik“, und betonte, auf „arischer parteiunpolitischer Grundlage“ zu stehen und „die Mitwirkung internationaler volkszerstörender Elemente wie Sozialdemokraten und Kommunisten“ auszuschließen. Sie formulierte als „Ideal“ die „Einigung des gesamten deutschen Volkes“.<sup>49</sup> Ihr publizistisches Organ war *Die neue Front*, ab 1926 *Der Frontkämpfer*.

Der immer aggressiver werdende Antisemitismus, der in den meisten Blättern dominierte, führte 1932 zur Gründung des *Bundes jüdischer Frontsoldaten*, der die *Jüdische Front* publizierte. 1934 trat der *Bund* korporativ der *Vaterländischen Front* bei.<sup>50</sup> Wie der *Wirtschaftsverband* versuchte er, einen funktionierenden Mikrokosmos für seine Mitglieder in ganz Österreich aufzubauen. Er beriet in Rechtsfragen, bei Wirtschafts- und Schulproblemen, bot Unterstützung bei Auswanderung und bei Berufswechseln an. Er unterhielt Beziehungen zu allen jüdischen Vereinen und Parteien, organisierte zahlreiche Veranstaltungen. Sein erklärtes Hauptziel war es, um Akzeptanz zu kämpfen. Zu öffentlichen Veranstaltungen wurden regelmäßig prominente Militärs und Politiker geladen, in der *Jüdischen Front* berichteten nichtjüdische Frontkämpfer über Heldentaten jüdischer Kameraden.

Die bedeutendsten Organisationen, in denen Ex-Offiziere führend tätig wurden, waren jene der Heimwehren. In den Führungsstäben waren zwar nicht ausschließlich Offiziere tätig, doch deren Dominanz war unübersehbar. Die Heimwehren waren 1919 zunächst als Schutzmaßnahme gegenüber einer möglichen Revolu-

47 Vgl. Friedrich Wagner, *Der Österreichische Legitimus 1918–1938, seine Politik und Publizistik*, Diss. Wien 1956, 24 u. 34; Ingrid Mosser, *Der Legitimus und die Frage der Habsburgerrestauration in der innenpolitischen Zielsetzung des autoritären Regimes in Österreich (1933–1938)*, Diss. Wien 1979, 28–49.

48 Nach eigenen Angaben waren unter den Mitgliedern 20 Prozent Ex-Berufsoffiziere, 30 Prozent Reserveoffiziere und 50 Prozent ehemalige Mannschaftsmitglieder, vgl. Franz Mayer, *Von der Gründung der Frontkämpfervereinigung bis zur Bannerweihe*, in: Eugen Hammer, Hg., *Oberst Hiltl. Ein Gedenkbuch*, Wien 1932, 85; vgl. Ingeborg Messerer, *Die Frontkämpfervereinigung Deutsch-Österreichs. Ein Beitrag zur Geschichte der Wehrverbände in der Republik Österreich*, Diss. Wien 1963.

49 *ÖWZ*, 1920, Nr. 34, 8.

50 Vgl. *Jüdische Front*, Nr. 6, 12. 4. 1934, 6.

tion entstanden, in einer Situation, in der sich in Ungarn und Bayern kurzfristig Räteregimes etabliert hatten. Mit der *Technischen Nothilfe* sollten Streiks neutralisiert werden. Industrie und Großgrundbesitz finanzierten diese zahlenmäßig rasch anwachsenden Gruppierungen, deren Entwicklung nur durch die Bedachtnahme auf internationale Konstellationen verständlich wird. Denn die Heimwehren waren stets stark außengesteuert, bis etwa 1923 von Deutschland aus,<sup>51</sup> später wurde der Einfluß Ungarns und Italiens spürbar.<sup>52</sup> Ihr antiparlamentarischer, autoritärer Kurs und die Aufstellung paramilitärischer Formationen boten Ex-Offizieren ein ideales Tätigkeitsfeld, das Schlagwort vom „Offiziersfaschismus“ hatte hier eine gewisse Berechtigung.<sup>53</sup> Hier konnten sie ihre revanchistischen Sehnsüchte artikulieren, Feindbilder pflegen und Putsch- und Aufmarschpläne konzipieren. Die Heimwehren waren das wichtigste Element im Rahmen jenes Systems von Netzwerken, das von Offizieren zur Kompensation ihres Machtverlustes von 1918 geschaffen wurde. Viele Nachkriegskarrieren ehemaliger Offiziere in Wirtschaft, Politik und Publizistik verdankten sich den informellen Verflechtungen, die Angebot und Nachfrage gleichsam nebenbei vermittelten.<sup>54</sup>

Die Publikationsorgane waren ein wichtiges Element der Netzwerke. Die potentesten Organisationen schufen sich eigene Zeitungen wie die *Österreichische Wehrzeitung* und die *Staatswehr*, die häufig von kleineren Gruppierungen zu Werbung und Dokumentation ihrer Aktivitäten mitbenutzt wurden. Mit wenigen Ausnahmen (z.B. den *Militärwissenschaftlichen Mitteilungen*) wurden sämtliche Publikationsorgane nach 1919 neu gegründet. Die Öffentlichkeitsarbeit vor allem prominenter Offiziere war selbstverständlich nicht auf diesen engeren Kreis der militaristischen Publikationsorgane beschränkt. Ihre Artikel erschienen vor allem in der *Reichspost*, für die Oberst a.D. Walter Adam als stellvertretender Chefredakteur tätig war – er galt als „Kronprinz“ Friedrich Funders –, und im *Neuen Wiener Journal*, in dem regelmäßig die Generäle Emil Seeliger und Franz Anderle schrieben. Außerdem bediente man sich durchaus in politischer Absicht der Medien, um Aufsehen zu erregen. Als man Oberst a.D. Gustav Wolff vor Gericht fragte, warum

51 Ludger Rape hat die Einflußnahme auf die Heimwehren (Unterstützung durch Waffentransporte, Finanzierung und organisatorische Maßnahmen) durch deutsche Gruppierungen um Erich Ludendorff detailliert nachgewiesen, vgl. Ludger Rape, *Die österreichischen Heimwehren und die bayrische Rechte 1920–1923*, Wien 1977.

52 Vgl. Lajos Kerekes, *Abenddämmerung einer Demokratie. Mussolini, Gömbös und die Heimwehr*, Wien, Frankfurt am Main u. Zürich 1966.

53 Vgl. Gernot Stimmer, *Eliten in Österreich 1848–1970*, 2. Bd., Wien, Köln u. Graz 1997, 723.

54 Die Angaben von Stimmer, die Heimwehrführung habe einen Offiziers- und Beamtenanteil von 26 Prozent aufgewiesen und 34 Prozent hätten das Theresianum bzw. Militärakademien absolviert, scheinen die Bedeutung der Offiziere etwas zu verdecken, vgl. ebd., 731.

er ein inkriminiertes Flugblatt habe drucken lassen, antwortete er: „Aus Reklame. Damit das Blatt es druckt. Ich bin nur durch die Reklame der Zeitungen groß geworden.“<sup>55</sup> Ein weiteres wichtiges Element des Kampfes um Öffentlichkeit war die umfassende Vortragstätigkeit von Offizieren. Ein Blick in die Vortragskalender sowohl der großen überregionalen Zeitungen, aber auch der kleineren Vereinsorgane zeigt, daß Tag für Tag Ex-Offiziere durch die Bundesländer unterwegs waren, um teils in eigenem Interesse (wie der Skipionier Oberst a.D. Bilgeri<sup>56</sup> und der Ostasienspezialist Generalmajor a.D. Theodor Lerch<sup>57</sup>), teils im Auftrag ihrer Vereine über militärhistorische, politische oder andere populärwissenschaftliche Themen zu sprechen.<sup>58</sup>

Es fällt bei den Vereinen der Ex-Offiziere auf, daß die alte militärische Hierarchie nicht mehr verbindlich war: Es kam vor, daß der Präsident ein Major, der Vizepräsident jedoch ein General war. Allerdings wurde ihr zumindest insofern Rechnung getragen, als kein General als Schriftführer oder Kassier fungierte. Die Aufweichung der Rangstruktur und der militärischen Autorität evozierte zuweilen Konflikte. Etwa forderte Generalmajor a.D. Emil Sommer im *Bund jüdischer Frontsoldaten* 1934 weitgehende Vollmachten bei der Besetzung der Stabs- und Funktionärsstellen, die ihm vom Vereinsvorstand jedoch nicht eingeräumt wurden. Daraufhin legte er seine Präsidentschaft zurück und versuchte erfolglos, einen Bund legitimistischer jüdischer Frontkämpfer zu gründen.<sup>59</sup> Ein Manko, das in allen zivilen, aber selbst in paramilitärischen Organisationen gesehen wurde, war, daß die Neigung zur Ausübung von Autorität nicht mehr durch Zwangsmaßnahmen befriedigt werden konnte. Außerdem führte das Fehlen einer Mannschaft dazu, daß die Offizierexistenz nur simuliert werden konnte, es fehlte die Anerkennung durch die Untergebenen, durch die man erst als Offizier angesehen wurde. Selbst in paramilitärischen Organisationen war der Offiziersanteil entweder zu groß (50

55 Neues Wiener Journal, 18. 6. 1928, 8.

56 Bilgeri hielt zahlreiche Vorträge über das Skifahren, den Alpinismus, den Tourismus und entwickelte den Slogan: „Ganz Österreich ein Wintersportplatz“, vgl. Gudrun Kirnbauer, Georg Bilgeri (1873–1934). Persönlichkeit – Berufsoffizier – Skipionier, Diss. Wien 1997, 273.

57 Lerch hielt nach seiner Pensionierung 1919 Radiovorträge und ging mehrmals auf große Vortragsreisen, bei denen er über Ostasien, aber auch über die Anschlussfrage sprach, vgl. Günther Berger, K.u.k. Generalmajor Theodor von Lerchs Koreareise. Ein Beitrag zur Geschichte der hundertjährigen Beziehungen zwischen Österreich(-Ungarn) und Korea, in: Österreich in Geschichte und Literatur 38 (1994), 340.

58 „Die Heimwehr. Offizielles Organ des Selbstschutzverbandes und des Kriegerlandbundes Niederösterreich“ berichtete allein im Jänner 1928 von 15 Vorträgen. Die Themen reichten von der „Pfleger des Schießsports“, über die „Segnungen des Bolschewismus“ bis zur Erdbebenkunde.

59 Vgl. Jüdische Front, Nr. 6, 12. 4. 1934, 1.

Prozent bei den Frontkämpfern)<sup>60</sup>, oder das Prinzip der Freiwilligkeit führte dazu, daß sich neue Formen der Autorität entwickeln mußten. Der alte Konflikt zwischen Militär und Zivil trat auch in den Organisationen der Heimwehren zutage. Mit der militärischen Leitung beauftragte Offiziere hatten oft Probleme, sich zivilen, politischen Führern zu unterstellen, lehnten deren pragmatischen, diplomatischen Stil ab und forderten die Vorbereitung einer gewaltsamen Entscheidung.<sup>61</sup> Das Nebeneinander von Offizieren und Zivilisten führte verstärkt durch die Konkurrenz der Länder dazu, daß nie eine einheitliche Führungsstruktur erreicht wurde.<sup>62</sup> Neben den internen Rivalitäten kam es laufend zu Konflikten zwischen den konkurrierenden Gruppen, die zur Profilierung unerlässlich schienen.<sup>63</sup>

### Existenzkampf

Aus der Perspektive der Regierung stellten die Berufsoffiziere eine bedrohliche Versorgungslast dar, die zudem politisch brisant werden konnte. Viele hatten die Hoffnung, weiterhin als Berufsoffiziere dienen zu können. Allein die geopolitischen und ökonomischen Bedingungen gestatteten der Republik nur ein kleines Heer. Der Staatsvertrag schließlich beschränkte es auf 30.000 Mann, von denen 1.500 Offiziere sein durften.<sup>64</sup> Diesen wurden im Bundesheer weitere Bildungsmöglichkeiten geboten, sie besuchten landwirtschaftliche und gewerbliche Kurse oder studier-

60 Wiltschegg berichtet, daß Organisationsmängel bei den Heimwehren dazu führte, daß „zahlreiche überflüssige Adjutanten und Ordonnanzoffiziere“ – meist Berufsoffiziere – in den Zentralen herumsaßen, vgl. Walter Wiltschegg, *Die Heimwehr. Eine unwiderstehliche Volksbewegung*, Wien 1985, 249.

61 Verstärkt wurde das Dilemma durch die rangmäßige Gleichstellung der politischen und militärischen Heimwehrführer, vgl. ebd., 248.

62 Vgl. ebd., 250. Auch zwischen Berufs- und Reserveoffizieren kam es zu Rivalitäten. In der „Frontkämpfervereinigung“ führte 1926 der Streit, ob Reserveoffiziere leitende Funktionen innehaben dürften, zu vermehrten Austritten, vgl. Finbarr Mc Loughlin, *Der republikanische Schutzbund und gewalttätige politische Auseinandersetzungen in Österreich 1923–1934*, Diss. Wien 1990, 72.

63 Beispielsweise forderte der „Nationalverband deutschösterreichischer Offiziere“ seine Mitglieder 1920 auf, aus der „Frontkämpfervereinigung“ auszutreten, da diese aufgerufen hatte, eine Anschlußkundgebung zu boykottieren, vgl. *Der Anschluß. Nachrichtenblatt*, Folge 10, Ende September 1920, 2.

64 Tatsächlich erreichte das Bundesheer diese Stärke erst nach 1933. Während zwischen 1920 und 1932 durchschnittlich fast 9.000 Mann (ca. 30 Prozent) auf die erlaubte Gesamtstärke fehlten, erreichte der Offiziersstand stets über 95 Prozent, vgl. Ludwig Jedlicka, *Ein Heer im Schatten der Parteien. Die militärpolitische Lage Österreichs 1918–1938*, Graz u. Köln 1955, 73.

ten auf Staatskosten.<sup>65</sup> Mehr als die Hälfte aller Berufsoffiziere, das heißt über 9.000 Mann, bewarben sich bis April 1920 für den Dienst im Bundesheer, 2.100 konnten übernommen werden, davon 600 in die Heeresverwaltung. Die Entlassung und Abfertigung aller Offiziere mit weniger als 14 Dienstjahren führte im neuen Bundesheer zu einem ausgeprägten Überhang der hohen Ränge.<sup>66</sup>

Die Phase vom Herbst 1918 bis ins Frühjahr 1920 war somit für jene, die den Beruf wechseln mußten, von einer schwierigen Umorientierung gekennzeichnet.<sup>67</sup> Im *Staatsamt für Heerwesen* beschäftigte sich eine Abteilung mit der Aufgabe, möglichst viele Offiziere im Staatsdienst oder in anderen Berufen unterzubringen.<sup>68</sup> Der schon erwähnte *Wirtschaftsverband* versuchte ebenfalls, abgebaute Offiziere zu vermitteln. Wie schwierig und oft aussichtslos das war, zeigte der Versuch, 44 Offiziere im Polizeidienst unterzubringen. Obwohl man mit circa 1.000 zusätzlichen Stellen rechnete, wollte man aus verständlichen Gründen keine Offiziere nehmen: Einerseits besaßen sie keine Qualifikationen, andererseits konnte man sie nicht auf völlig untergeordneten Posten einsetzen.<sup>69</sup> Auf weitere Bitten hin schrieb die Polizeidirektion schließlich am 23. Dezember 1919 an das *Staatsamt für Heerwesen*, eine Aufnahme von Offizieren als „Konzeptpraktikanten“ sei unmöglich. Nicht ohne Söffisanz wurde konstatiert, daß man Berufsoffiziere allein als „Probewachmänner (provisorische Staatsbeamte ohne Rangklasse)“ aufnehmen könnte, wohl wissend, daß dies sich mit dem Status eines Offiziers nicht vertrug.<sup>70</sup> Doch Standesbewußtsein konnten sich nun viele nicht mehr leisten. In einer Serie über die Berufswahl

65 Im Jahr 1921 studierten 18 Offiziere im Auftrag des Bundesministeriums für Heerwesen, vgl. VBHW, wie Anm. 3, 49/1921, Nr. 497-501; vgl. auch die parlamentarische Anfrage des großdeutschen Abgeordneten Zeidler, ob „der Besuch von Kleintierzuchtkursen irgend etwas mit militärischem Wesen zu tun habe.“ NP, wie Anm. 10, 16. 3. 1922, Anhang, 589.

66 Von 1.318 Offizieren des Bundesheeres im Jahr 1923 waren 998 Oberstleutnants, Majore oder Hauptmänner. Es gab damals nur 123 Oberleutnants und einen Leutnant, vgl. Etschmann, Demobilisierung, wie Anm. 2, 140 u. 148.

67 Gegen diese Umorientierung bestanden bei vielen starke Widerstände: „Der dem bürgerlichen Beruf entfremdete Soldat“, schrieb Generalmajor Hugo Kerchnawe, „auch der durch den langen Krieg gegen seinen Willen zum Berufssoldat gewordene Bürger entschließt sich – wie dies das Ende aller langen Kriege, auch das des jetzigen zeigt – nur schwer, die Waffe wegzulegen und zu einem bürgerlichen Beruf zurückzukehren.“ Zit. n. ebd. 88.

68 Eine größere Anzahl wurde im „äußeren Ernährungsdienste“ und im Wasserbuchdienste angestellt, vgl. VBHW, wie Anm. 3, 20/1919 u. 24/1919.

69 Vgl. AdR, Staatsamt f. HW, 1919, Abt. 19 b, 1-15/3.

70 Vgl. Ebd., 1-15/4. Zur gleichen Zeit, im Oktober 1919, wurden 121 Berufsoffiziere vom „Wirtschaftsverband“ für Beamtenstellen im Burgenland vorgeschlagen, vom Sozialministerium jedoch abgelehnt, vgl. Herta Hafner, Der sozioökonomische Wandel der österreichischen Staatsangestellten 1914-1924, Diss. Wien 1990, 57.

der Offiziere hatte die *Militär-soziale Rundschau* schon zu Beginn des Jahres 1919 die Frage diskutiert, ob manuelle Arbeiten für einen Offizier „entehrend“ wären. Es sei zwar eine Schande, nicht aber für die Betroffenen, so wurde bemerkt, sondern für die „Öffentlichkeit, für das dankbare Vaterland“. <sup>71</sup> Die Verwandlung von Offizieren in Arbeiter machte auch den Sozialdemokraten Probleme, denn die neue Tätigkeit allein ließ offenbar nicht das nötige Klassenbewußtsein entstehen. Die *Arbeiter-Zeitung* berichtete von Offizieren, die als Streikbrecher auftraten und sich von Drohungen der streikenden Arbeiter nicht beeindrucken ließen. Ein Oberst, der darüber in der *Staatswehr* schrieb, konnte anders als die *Arbeiter-Zeitung* in diesem Verhalten keinesfalls eine „Dummheit“ entdecken, sondern sah darin eine Chance der Offiziere, sich auf dem Arbeitsmarkt – wo nun Handarbeit viel höher taxiert wurde als vor dem Krieg – zu behaupten. <sup>72</sup> Aufrufe des *Wirtschaftsverbandes*, daß Kurse zur Erlernung des Schusterhandwerks für Offiziere stattfinden würden, wunderten in dieser Situation wohl niemanden mehr. <sup>73</sup> Diese Enttäuschungen wurden verstärkt durch die immer stärkere Entwertung der Pensionen. Doch auch das *Staatsamt für Heerwesen* konnte nur einen Teil der Militärpensionisten vermitteln und versuchen, einzelne Härtefälle durch einmalige Zahlungen zu lindern. <sup>74</sup> Gleichzeitig mußten jedoch schon jene ermahnt werden, die ihren Sold weiterhin beanspruchten, obwohl sie längst eine Stellung angetreten hatten. <sup>75</sup>

71 *Militär-soziale Rundschau*, 1. 1. 1919, 2.

72 *Der Offizier als manueller Arbeiter*, in: *Staatswehr*, Nr. 5, 30. 1. 1920, 3. Jg., 4.

73 Vgl. Etschmann, *Demobilisierung*, wie Anm. 2, 224.

74 Im Heeresamt war ein Oberst a.D. Karl Gmach für diese Fälle verantwortlich. AdR, BM. f. soz. Verwaltung, Präs., 1177/22. Oberst Theodor Körner, Amtsleiter im Heeresamt, soll sich, wie Willy Elmayer berichtet, dieser Härtefälle angenommen haben: „Körner war vom Schicksal der ehemaligen k.u.k. Offiziere tief erschüttert. Er half, wo er helfen konnte, schenkte Geld, spendete aus den Vorräten des Militärs. Oft begleitete ich ihn, wenn er alte, kranke Offiziere oder die Hinterbliebenen von Gefallenen besuchte.“ Willy Elmayer, *Vom Sattel zum Tanzparkett*, Wien 1966, 84; zu Körner vgl. Eric C. Kollmann, *Theodor Körner. Militär und Politik*, Wien 1973.

75 Es wurde verlautbart, „daß bereits eine nennenswerte Anzahl von Berufsmilitärpersonen im zivilen Erwerbsleben auskömmliche Stellungen definitiven Charakters erlangt hat“, befremdlicherweise jedoch „im aktiven Dienste verbleiben, ungeachtet dessen, daß sie tatsächlich eine Aufnahme in das künftige Heer nicht mehr anstreben und ihre ganze Arbeitskraft fast ausschließlich dem neuen bürgerlichen Berufe widmen.“ Hierdurch würden nicht nur staatliche Interessen, sondern auch jene der Offizierskameraden geschädigt. Amtsbefehl Nr. 74 vom 31. März 1920 auf Erlaß des Staatsamtes für Heerwesen, Abt. 1, Nr. 5516, 11. 3. 1920; ÖWZ, wie Anm 2, 1920, Nr. 62, 13.

1919 und 1920 formte man einen gesetzlichen Rahmen, der zur Lösung der sozialen Probleme der Kriegsheimkehrer, nicht nur der Offiziere, gedacht war.<sup>76</sup> Immerhin wurden am 1. April 1920 vom *Staatsamt für Finanzen* 350 Dienstposten bei den Behörden des direkten Steuerdienstes ausgeschrieben.<sup>77</sup> Die gesetzliche Gleichstellung mit den Staatsbeamten bei den Pensionen beruhigte die Situation langsam. Die begrenzte Aufnahme von Berufsmilitärs in den Staatsdienst wurde, nachdem die Sozialdemokraten 1920 aus der Regierung ausgeschieden waren, verstärkt. Ungeachtet des Beamtenabbaus wurden nun vermehrt Militärpersonen in den Staatsdienst aufgenommen.<sup>78</sup> Doch das Gefühl, verraten worden zu sein, verfestigte sich. Mitte 1919 schrieb ein Offizier: „Wir haben den Glauben verloren. Den Glauben an dieses Vaterland, das die beispiellose Hingabe der Offiziere mit beispielloser Niederträchtigkeit bedankt hat.“<sup>79</sup> Noch 1933 erschien eine Denkschrift, die das Militärabbaugesetz 1920 als „verfassungswidrig“ brandmarkte, weil es rückwirkend in „erworbene Rechte“ eingegriffen habe.<sup>80</sup>

Auch hohe Offiziere waren oft gezwungen, sich auf Arbeitssuche zu begeben. Der Feldmarschalleutnant Aurel le Beau arbeitete zunächst in einer Ofenfabrik, dann in einem Sanatorium als Beaufachteter des Personals.<sup>81</sup> Feldmarschalleutnant Bardolff sah sich mit 53 Jahren aus seiner Lebensbahn geworfen. Er beobachtete, daß viele Ex-Offiziere Landwirtschaften kauften, daß sich andere – selten erfolgreich – als Spekulanten oder auf dem Schwarzmarkt versuchten.<sup>82</sup> Am glück-

76 Die wichtigsten Gesetze regelten die Zuerkennung der Mittelschulreife an Offiziere, die Einrechnung der Kriegszeit für die Praxis in Justizberufen, die Entschädigung und Beschäftigung von Invaliden, die Bestimmungen für die Militärpensionen und die Besoldung der Berufsmilitärs.

77 Vgl. Etschmann, *Demobilisierung*, wie Anm. 2, 223. Einer der Offiziere, die 1920 nach einer „ziemlich schwierigen Prüfung“ in die Steueradministration aufgenommen wurden, war Edmund Finke. Er schrieb: „Einen langweiligeren Dienst als diesen gab es nicht. Es kam der sogenannte Seipel-Abbau, und ich ließ mich freiwillig (...) pensionieren. Damals war ich 35 Jahre alt, Major a.D. und Steuerverwalter a.D.“ Finke wurde erfolgreicher Kriminalschriftsteller, KA, B/1519 *Nachlaß Finke*, Nr. 1, Edmund Finke, *Autobiographie*, 85.

78 Beispielsweise wurde der schon pensionierte Generalmajor Rudolf Müller „entgegen dem Sinn und dem Wortlaut des Militärabbaugesetzes“ 1921 als Sektionschef neu angestellt, NP, wie Anm. 10, 14. 1. 1921. Vgl. die parlamentarische Anfrage der Sozialdemokraten an die Bundesregierung „wegen der in letzter Zeit vorgenommenen massenhaften Anstellungen im Finanzdienst.“ Ebd., 6. 9. 1922, Anhang, 805.

79 *Staatswehr*, 4. 7. 1919, 3.

80 Nach dem Militärversorgungsgesetz von 1875 war man nach zehn Jahren pensionsberechtigt, das Militärabbaugesetz von 1920 verfügte die Abfertigung aller, die weniger als 14 Dienstjahre hatten, vgl. *Denkschrift des Verbandes der zwangsabgefertigten Offiziere Österreichs*, hg. v. Hauptmann a.D. Dr. Rudolf Buchner, Wien 1933, 10.

81 Rotter, le Beau, wie Anm. 20, 164.

82 Ebd., 32. Die Arbeiter-Zeitung berichtete regelmäßig von Schwarzmarktgeschäften. So wurde

lichsten waren seiner Ansicht nach jene, die mit Eigenkapital einen Gewerbebetrieb aufbauen oder übernehmen konnten, oder die technisch geschulten Offiziere, die leicht in der Industrie unterkamen. Auf der Suche nach seinen eigenen Talenten und Fähigkeiten erkannte er, daß ihm spezielle fachliche Kenntnisse und Kapital fehlten, aber er fand dafür etwas anderes: „(D)ie Fähigkeit jedoch zu organisieren, zu disziplinieren und zu kontrollieren war mir beschieden. Sie bewährte sich in den nächsten Jahrzehnten.“<sup>83</sup> Für „untergeordnete Stellungen“ hielt er sich ungeeignet. Als er mit seiner Pension nicht auskam, beschloß er, sich eine Arbeit zu suchen, und wurde – er war Jurist – Rechtsanwaltsanwärter in Gröbming im Ennstal mit einem Gehalt von 40 Kronen im Monat. In seinen *Erinnerungen* beurteilte er diesen Augenblick als Tiefpunkt in seiner Karriere, die ihm im Rahmen der Armee „ein dauerndes Aufsteigen im Rang“ ermöglicht habe. Nun erfahre er „das Abgleiten bis zum Rechtsanwaltsanwärter in einem abgelegenen Gebirgsort“.<sup>84</sup> Er kompensierte seine Enttäuschung, indem er im Gröbminger Turnverein aktiv wurde, dort Vorträge über „Turnen im Dienst der Wehrfähigkeit“ hielt, Mitglied im *Alpenverein* und Obmann der Grazer Ortsgruppe des *Nationalverbandes deutschösterreichischer Offiziere* wurde.<sup>85</sup> Gleichzeitig wurde er Mitglied der *Frontkämpfervereinigung*, des *Deutschen Klubs* und lehnte das ehrenvolle Angebot ab, die militärische Führung der Heimwehr in der Steiermark zu übernehmen.<sup>86</sup> Schließlich bekam er das Angebot, als Geschäftsführer und Verwaltungsrat im Konzern des Großindustriellen Peter Westen tätig zu werden.<sup>87</sup> Wie viele andere Offiziere profitierte Bardolff von den informellen Netzwerken, die auch als Stellen- oder Auftragsvermittlung dienten. Auch Oberstleutnant Ludwig Hesshaimrs zivile Aktivitäten wären ohne diese Netzwerke undenkbar gewesen. Er hatte vor dem Krieg als Berufsoffizier eine Ausbildung als Graphiker absolviert, war Anfang Jänner 1919 als Oberstleutnant pensioniert worden und baute nun im Rahmen des *Wirtschaftsverbandes* eine Kunstsektion auf. Er saß somit im Zentrum des prominentesten Offiziersverbandes, profitierte von diesem Informationsknotenpunkt und steigerte seinen Bekanntheitsgrad zusätzlich, indem er bei der *Österreichischen Wehrzeitung* mitarbeitete und unzählige Vorträge hielt.<sup>88</sup> Seine zahlreichen Mit-

der Oberstleutnant des Generalstabs a.D. Wolf Rüdiger Hennig wegen Opiumhandels rechtskräftig verurteilt, vgl. *Arbeiter-Zeitung*, Abendblatt, 15. 1. 1921, 4.

83 Bardolff, *Erinnerungen*, wie Anm. 16, 33 f.

84 Vgl. ebd., 70.

85 Vgl. ebd., 73 u. 76.

86 Vgl. ebd., 100–107.

87 Vgl. Julius Mende, Dr. Carl Freiherr von Bardolff, Diss. Wien 1984, 119–122.

88 Er hielt Vorträge im Wissenschaftlichen Klub, im Alpenverein, in der Ex Libris-Gesellschaft,

gliedschaften und Funktionen<sup>89</sup> bewirkten eine effektive Umwegrentabilität und verbesserten seine Auftragslage enorm.<sup>90</sup>

Nicht selten waren Offiziere gezwungen, sich mehrmals völlig umzuorientieren. Der schwer kriegsbeschädigte Oberst a.D. Egon Waldstätten – er hatte 1915 ein Bein verloren – arbeitete zunächst als Abteilungsleiter im Kriegsarchiv, mußte diese Funktion 1920 einem Oberstleutnant Dr. Robert Srbik, der ausgebildeter Archivar war, überlassen und verlor schließlich 1924 im Rahmen des Beamtenabbaus seine Stelle endgültig. Da die Pension als Oberst und Hofrat „sehr bescheiden“ war, fertigte seine Frau Kunstblumen an, er selbst bemalte und verkaufte Kimonos, wobei – wie er bemerkte – „Materialkosten und Arbeit durchaus nicht im Einklang mit dem erzielten Verkaufspreis standen.“<sup>91</sup> Als er sich um die Konzession für einen Tabakhauptverlag bemühte, erhielt er – nachdem er zunächst abgelehnt worden war – eine Konzession für Bruck a.d. Leitha und übernahm 1928 den Tabakhauptverlag im Wiener Bezirk Brigittenau.<sup>92</sup> Neben dieser Tätigkeit bewältigte er zahlreiche Nebenämter: Ab 1926 war er Vorstandsmitglied und Schriftführer, 1934–38 Präsident des *Reichsverbandes der Tabak-Haupt- und Subverleger Österreichs*. Daneben wurde er Direktor und Funktionär mehrerer Genossenschaften und war ab 1936 Bundesobmann des *Einheitsverbandes der Kriegsoffer Österreichs*. Waldstätten's Verhalten zeigt, daß er weder seine jeweiligen Positionen freiwillig räumte, noch darauf verzichtete, um seine Rechte zu kämpfen. Gegen seine Zurückstufung im Kriegsarchiv protestierte er energisch, schrieb Memoranden, machte auf seine „moralischen Rechte“ und wissenschaftlichen Leistungen aufmerksam.<sup>93</sup> Zu diesem Existenzkampf im Kriegsarchiv, in dem damals hauptsächlich hohe Offiziere tätig waren, gehörte nicht zuletzt die Akkumulation symbolischen Kapitals.<sup>94</sup>

im Eisenbahner Club, im Verein der Siebenbürger Sachsen, im Deutschen Club, in der Albanischen Gesellschaft, im Militärkasino, in der Urania, im Verein für Metaphysik und Okkultismus, im Gustav Adolf Verein, im Architektenverein, im Verein Bauhütte und in der Militärwissenschaftlichen Gesellschaft, vgl. Hesshaimr, *Lebensweg*, wie Anm. 11, 291 f.

89 Mitgliedschaft im Deutschen Klub, Präsident des Philatelisten-Verbandes, Vize-Präsident des Albrecht Dürer-Bundes, vgl. ebd., 358, 363, 364 u. 366.

90 Unter anderem gestaltete er Abzeichen und Zeitung der Frontkämpferversammlung, vgl. ebd., 291, 322 f., 326, 329 u. 331.

91 KA, Nachlaß Waldstätten, B/129. Nr. 16, Erinnerungen des Theresienritters Egon Freiherrn von Waldstätten (1875–1951). Nach seinen Aufzeichnungen übertragen und ergänzt von Dr. Alfred Waldstätten, Wien im März 1990, 156.

92 Vgl. ebd., 157.

93 Memorandum Waldstätten's vom 25. 8. 1920, An den Herrn Direktor des Kriegsarchivs. Zit. in ebd., 265.

94 1921 erhielt er die Goldene Tapferkeitsmedaille für Offiziere, 1922 das Ritterkreuz des Maria-

Auf Schwierigkeiten bei der geplanten Übernahme des Tabakhauptverlages von Hernals reagierte er mit einer Beschwerde beim Finanzministerium, in der er allerdings nicht auf heroische Leistungen samt Orden und Rang verwies, sondern auf seine soziale Bedürftigkeit, seine Invalidität, seine behinderte Mutter, seinen studierenden Sohn, seine an Tuberkulose erkrankte Tochter.<sup>95</sup>

Manche der vom Bundesheer nicht übernommenen Offiziere dürften versucht haben, Rechtsansprüche geltend zu machen. Denn der Verwaltungsgerichtshof sah sich 1920 veranlaßt, den Beschluß zu verlautbaren, daß „ehemaligen Berufsoffizieren der bewaffneten Macht der österr.-ungarischen Monarchie (...) kein Rechtsanspruch auf Übernahme in die Wehrmacht der Republik Österreich“ zustehe.<sup>96</sup> Einer, der vom Bundesheer übernommen worden wäre, war der Adjutant des Oberst Theodor Körner, Rittmeister Elmayer. Doch er hatte für seine kranken Eltern zu sorgen, und für den Unterhalt mehrerer Personen reichte sein Gehalt als Berufsoffizier nicht. Obwohl er keine andere Ausbildung besaß, mußte er den Beruf wechseln und gründete eine Tanzschule. Bald bemerkte er, daß ehemalige Kameraden, aber auch Damen der „sogenannten guten Gesellschaft“ ihn für seine Risikobereitschaft verachteten und nicht mehr grüßten.<sup>97</sup> Doch die Borniertheit ehemaliger Offizierskameraden verhinderte nicht seinen Erfolg, den er zu einem nicht geringen Anteil dem wirksamen Prestige seines Titels ‚Rittmeister a.D.‘ verdankte.

Keineswegs schaffte es jeder Offizier, sich selbständig zu machen oder eine erfolgreiche Karriere als Privatangestellter zu starten. Bekannt ist etwa, daß Hauptmann Alexander Eifler als Kleinunternehmer Schiffbruch erlitt.<sup>98</sup> Auch Major a.D. Emil Fey war als Vertreter einer Margarinefirma wenig erfolgreich, er wurde vor seiner politischen Karriere Funktionär des *Wirtschaftsverbandes* und Direktor des Militärkasinos, danach war er Präsident der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft.<sup>99</sup>

Die Wertminderung der Gehälter und Pensionen führte zu einer Vielzahl von Konflikten und Prozessen. Dabei ging es beispielsweise um aberkannte Perso-

Theresien-Ordens. 1923 wurde er eingeladen, als Mitglied in das Ordenskapitel des Maria-Theresien-Ordens einzutreten, vgl. ebd., 167 u. 307–309.

95 Vgl. ebd., 319–322.

96 Erkenntnisse des VwGH 1921, wie Anm. 1, 34, Nr. 12.788 A.

97 Elmayer, Sattel, wie Anm 74, 98.

98 Im Jänner 1920 gründete Eifler zusammen mit Hauptmann Felix Holuska eine OHG unter der Firmenbezeichnung Holuska & Co, die sich bald wieder auflöste, vgl. Tober, Eifler, wie Anm. 26, 48.

99 Franz Oswald, Die Stellung von Major a.D. Emil Fey in der Politik der Ersten Republik und des Ständestaates, Diss. Wien 1964, 26 u. 171.

nalzulagen, um zu niedrige Pensionsbemessungen,<sup>100</sup> um die Zurücknahme der Versetzung in den Ruhestand.<sup>101</sup> Auch die Übernahme von Berufsoffizieren in den Staatsdienst, die Beschleunigung der Pragmatisierung,<sup>102</sup> nicht zuletzt aber auch eine höhere Bewertung individueller Invalidität wurden auf dem Rechtsweg erkämpft.<sup>103</sup> Ein Fall zeigt, daß es – mit einigem Durchsetzungsvermögen – möglich war, Ausbildungskosten samt Reisespesen einzuklagen, wenn die Minderung der Erwerbsfähigkeit eine berufliche Neuorientierung notwendig erscheinen ließ.<sup>104</sup>

1930 erschien ein Buch des Ex-Offiziers Ferdinand Fauland, das mehrere Erzählungen enthält, in denen das Leiden der Offiziere nach Kriegsende beschworen wurde. Die Offiziere scheitern hier regelmäßig an den furchtbaren Umständen, sie werden von einem „feisten, satten Spießertum“ verraten, werden aus der Arbeit entlassen, verschwinden in der Anonymität, sterben abseits der Landstraßen als Obdachlose, begehen Selbstmord.<sup>105</sup> Dieses Bild war zweifellos falsch. Zwar wurden vermutlich nicht viel mehr als 20 Prozent der Berufsoffiziere im Staatsdienst untergebracht, doch sollte nicht übersehen werden, daß Ex-Offiziere einen bedeutenden Anteil der Funktionen in der Hochbürokratie besetzten: 6,3 Prozent aller leitenden Beamten zwischen 1918 und 1936 waren Absolventen der Militärakademien, 26 Prozent waren Reserveoffiziere, 55 Prozent waren Weltkriegsoffiziere.<sup>106</sup> Eine große Zahl von Offizieren positionierte sich in der Wirtschaft, wenn auch nicht immer mit Erfolg.<sup>107</sup> Neben zahlreichen Offizieren, die kleine und mittlere

100 Vgl. Erkenntnisse des VWGH 1920, wie Anm. 1, 19, Nr. 12.533 A. Auf gleichartige Fälle „gnadenweise bewilligte(r) Pensionszulagen“, die aus der Zeit vor dem neuen Pensionsgesetz stammten, bezieht sich ein Erkenntnis aus demselben Jahr, ebd., 215, Nr. 12.659 A. Auch die Klage eines Oberst, der nicht die Pension eines Regimentskommandanten erhielt, war erfolgreich, ebd., 26, Nr. 12.539 A.

101 Ebd., 1921, 25, Nr. 12.769 A.

102 Vgl. AdR, BM für soziale Verwaltung, Präs. 314/24. Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes v. 2. April 1924 (A 6/24); vgl. die Fälle von Offizieren, die erfolgreich Verfügungen des Bundesministeriums für Heereswesen anfechten konnten, durch die ihnen der Anspruch auf Übernahme in ein unkündbares Dienstverhältnis aberkannt worden war. Vgl. Erkenntnisse des VWGH 1923, wie Anm. 1, 272, Nr. 13.387 A. u. 294, Nr. 13.399 A.

103 Vgl. Erkenntnisse des VWGH 1926, wie Anm. 1, 86, Nr. 14.134 A.; ebd., 1927, 59, Nr. 14.613 A.; ebd., 63, Nr. 14.616 A.

104 Vgl. ebd., 425, Nr. 14.794. A.

105 Vgl. Ferdinand Fauland, Die schwarz-gelbe Passion. Das Buch vom Sterben eines Standes, Wien 1930.

106 Vgl. Stimmer, Eliten, wie Anm. 53., 2. Bd., 853.

107 Nach einem Bericht des Neuen Wiener Abendblattes wollte sich ein pensionierter Offizier scheiden lassen, weil seine Frau ihn wegen mißlungener „geschäftlicher Transaktionen“ kritisierte. Sowohl das Oberlandesgericht als auch der Oberste Gerichtshof sprachen der Frau das Recht auf Kritik zu, vgl. Neues Wiener Abendblatt, 1. 9. 1936, 6.

Unternehmer wurden,<sup>108</sup> nahm eine bedeutende Gruppe in Banken, Versicherungen und in der Industrie leitende Positionen ein, besonders auffallend war ihre Präsenz in der Leitung der Radio-Austria A.G.<sup>109</sup> Obwohl die ersten Nachkriegsjahre meist durch Umwege und Neuorientierungen gekennzeichnet waren und viele, die aufgrund von Krankheit und Invalidität tatsächlich auf die niedrigen Pensionen angewiesen waren, höchst bescheiden ihr Dasein fristeten, zeigt einerseits die Praxis der Rechtsprechung, zeigen andererseits die zahlreichen erfolgreichen Wirtschaftskarrieren von Ex-Offizieren in der Wirtschaft, daß es längst nicht mehr ums Ganze, sondern um die Nachbesserung im Detail ging.<sup>110</sup>

### Kampf um Ehre und Anerkennung

Die Erwartung der heimkehrenden Offiziere, Dank und Ehrerbietung beanspruchen zu können, wurde in einem Ausmaß mit Beleidigungen, Beschuldigungen und Bedrohungen konfrontiert, das eine Gegenwehr nach dem traditionellen Ehrenkodex verhinderte.<sup>111</sup> Doch gab es Versuche der Rechtfertigung mit dem Ziel, die verletzte Ehre des Offizierskorps zu retten. Auf den heftigsten Angriff reagierte der Oberbefehlshaber Boog: „Das Offizierskorps ist in seiner Mehrheit Märtyrer gewesen. Es hat sich Anspruch auf höchste Achtung nicht verwirkt, sondern im Unglück erst erworben.“<sup>112</sup> Karl Kraus reagierte auf diese Rettungsversuche in

108 Neben Rittmeister Elmayers Tanzschule gab es Brennholzlieferebetriebe (Major Heinrich Michetschläger, Rudolf Bakalowitz, Major Josef Matthias Thun-Hohenstein), Kohlenhandlungen (Generalstabsobers Franz Podhaisky, Major Kral) Garagen (Hauptmann Hans Hruschka), Fahrschulen (Dr. Josef Kresse), Kaffeehäuser (Hauptmann Karl Riedl besaß das Kaffee Bürgertheater), technische Büros (Generalmajor Lerch). Vgl. die Anzeigen in der Österreichischen Wehrzeitung 1920, Nr. 24, 34, 56 und in Der Frontkämpfer 1926, Folge 5 (Mai), 6.

109 Hauptmann a.D. Oskar Czeija war Generaldirektor, Fregattenkapitän a.D. Ing. Franz Leist geschäftsführender Verwaltungsrat. Im Verwaltungsrat saßen des weiteren Oberstleutnant a.D. Hermann Olberg und Oberst a.D. Franz Anderle, und Hauptmann i.R. Leopold Pack war Direktor.

110 Belegt wird das nicht zuletzt auch dadurch, daß es nach einer Auswanderungswelle 1919/20 von circa 500 Militärpersonen, von denen nur ein kleiner Teil Offiziere waren, kaum noch zur Auswanderung von Offizieren kam. Zwar nahmen viele zeitweilig Engagements bei ausländischen Firmen an, doch von den 75.155 registrierten Auswanderern zwischen 1921 und 1937 waren lediglich 37 Offiziere, von denen neun nach Brasilien gingen, vgl. Ursula Prutsch, Das Geschäft mit der Hoffnung. Österreichische Auswanderung nach Brasilien 1918–1938, Wien, Köln u. Weimar 1996, 89 u. 273.

111 Vgl. Doppelbauer, Offizierskorps, wie Anm. 6, 30–53.

112 Erwidierungen und Berichtigungen forderten u.a. die Generäle Lukasich, Klepsch-Kloth, Rhenen und Feldmarschalleutnant Böltz, vgl. Doppelbauer, Offizierskorps, wie Anm. 6, 40–43.

einem „Nachruf“ auf die Monarchie, der in besonderem Maße das Offizierskorps und „die völlige Unverantwortlichkeit des heutigen Kriegsteilnehmers“ ins Visier nahm. Er schrieb: „Wäre ich Offizier, ich würde mich, wenn ich meinen Seelenfrieden heimgerechert hätte, keineswegs auf die Ehre dieser Abenteuer versteifen, sondern schweigend ihren Opfern an die Seite treten.“ Er kritisierte das Begehren nach Ehrung und meinte, daß „schon vor dem Krieg (...) die Bevorzugung des Offiziers eine plane Dummheit“ gewesen sei.<sup>113</sup>

Die Regierung reagierte noch im Dezember 1918<sup>114</sup> auf die Vorwürfe mit der Einsetzung einer „Kommission zur Erhebung militärischer Pflichtverletzungen“, der ein Militärjurist später vorwarf, es habe sich um eine gegen das Offizierskorps gerichtete „Ausnahmegerichtbarkeit“ gehandelt.<sup>115</sup> Die Tatsache, daß es nur in einzelnen der 500 Fälle zu Verurteilungen,<sup>116</sup> jedoch zu äußerst spektakulären und umstrittenen Freisprüchen kam, diskreditierte die schwierige Arbeit der Kommission. Selbst bei einem der wenigen Schuldsprüche, zu denen es kam, war das Urteil von erstaunlicher Milde.<sup>117</sup>

Das Resultat der Kommission wurde als Freispruch für das k.u.k. Offizierskorps gewertet, als Rettung einer Ehre, die es in ihrer alten Form nicht mehr gab. „Die Offiziere der früheren österreichisch-ungarischen Armee und diese selbst“, so formulierte es eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofes 1921, „können nicht mehr Gegenstand einer von Amts wegen zu verfolgenden Ehrenbeleidigung sein.“<sup>118</sup> Nur noch als Privatpersonen konnten sich Offiziere gegen Ehrverletzungen wie jeder Staatsbürger zur Wehr setzen. Das als Ehre bezeichnete Selbstgefühl hatte sich verwandelt. Duelle, im 19. Jahrhundert an der Tagesordnung, gab es nicht mehr. An ihre Stelle traten Ehrenbeleidigungsprozesse und ehrenrätli-

113 Karl Kraus, Nachruf, in: Die Fackel, Nr. 501, 25. 1. 1919, 27, 29.

114 Vgl. Doppelbauer, Offizierskorps, wie Anm. 6, 102 ff.

115 Emil Ratzenhofer, Gerichtliche Verfolgung militärischer Führer in Österreich, in: Vierteljahresschrift für Politik und Geschichte 1929, Heft 2, 141.

116 Bis April 1920 wurden 118 Untersuchungen eingestellt, in drei Fällen wurde grobes, aber nicht strafgesetzwidriges Fehlverhalten konstatiert, 86 Fälle wurden an zuständige Gerichte weitergeleitet, anhängig blieben 162 Fälle, vgl. Franz Exner, Krieg und Kriminalität in Österreich, Wien 1927, 140.

117 Der General Kasimir Lütgendorf hatte am 18. August 1914 drei Soldaten, die betrunken verhaftet worden waren, mit dem Bajonett „nieder machen“ lassen. Es gab keinerlei Untersuchung, nur den Befehl zur „Justifizierung“. Lütgendorf wurde 1920 zu sechs Monaten Profosenarrest verurteilt, vgl. Doppelbauer, Offizierskorps, wie Anm. 6, 220.

118 Entscheidung vom 22. 7. 1921, in: Entscheidungen des österreichischen Obersten Gerichtshofes in Strafsachen und Disziplinarangelegenheiten, 1. Bd., 3. u. 4. Vierteljahresheft, Wien 1925, 137, Nr. 65.

che Verfahren.<sup>119</sup> Allerdings wurde auch in diesem Bereich der Verlust einer verbindlichen Ordnung spürbar. Es konnte vorkommen, daß jene Vorstellungen von korrektem Verhalten, die Offiziere zu bewahren versuchten, vor Gericht nicht anerkannt wurden. Beispielsweise forderte Rittmeister a.D. Adalbert Sternberg einen Oberleutnant zum Duell. Der aber verweigerte die Herausforderung und erklärte seinerseits Sternberg für satisfaktionsunfähig. Daraufhin klagte Sternberg wegen Ehrenbeleidigung, verlor jedoch den Prozeß.<sup>120</sup> Sternberg, der in zahlreiche Ehrenaffären verwickelt<sup>121</sup> und von einem Ehrenschiedsgericht des Jockey-Clubs in seinen Forderungen ignoriert worden war, ließ sein Verhalten von einem Ehrenrat des Offiziersverbandes prüfen und ein Gutachten von hohen Offizieren anfertigen, um seine in Frage gestellte Ehre zu retten.<sup>122</sup> Ein Problem war die Nichtanerkennung von ehrengerichtlichen Urteilen, die Denunziation und polizeiliche Anzeige von Duellen durch Adelige und Offiziere, aber auch das Ignorieren schwerster Beleidigungen.<sup>123</sup>

119 Ehrengerichte, denen aktive, in Reserve stehende und pensionierte Offiziere unterworfen waren, wurden von privaten Organisationen organisiert (z. B. vom Verband der Berufsmilitärgagisten), aber auch die Bundesregierung sah ihre Einrichtung vor, vgl. Vorschrift für das ehrenrätliche Verfahren, hg. v. Bundesministerium für Landesverteidigung, Wien 1936, 2 (§ 2). Oberstleutnant a.D. Dr. Robert Srbik zum Beispiel reichte 1922 eine Beschwerde gegen General a.D. Maximilian Hoen (Direktor des Kriegsarchivs) beim Ehrengericht des Militärgagistenverbandes ein, vgl. Andrea Elmer, *Der Bohemien unter den Generälen. Maximilian Ritter von Hoen (1867–1940)*, Diss. Wien 1992, 731. Eine Rede Starhembergs gab 1936 Anlaß zu einem Verfahren gegen Major d.R. Emil Fey vor dem „ehrenrätlichen Ausschuß“ des zweiten Divisionskommandos. Fey ließ sein Verhalten durch den Ehrenrat der österreichischen Offiziersvereinigung prüfen, der nichts auszusetzen fand, vgl. Oswald, Fey, wie Anm. 99, 177, Anhang V/5.

120 Vgl. AdR, NPA, Präs., Nr. 27, f. 224 (Auskunft der Polizeidirektion). Ähnlich erging es dem Ex-Offizier und Bezirkshauptmann Hans Hammerstein, der sich gegen die Verleumdungen eines deutschen Offiziers vor Gericht nicht wirksam verteidigen konnte, vgl. Hans von Hammerstein, *Im Anfang war der Mord. Erlebnisse als Bezirkshauptmann von Braunau am Inn und als Sicherheitsdirektor von Oberösterreich in den Jahren 1933 und 1934*, Wien 1981, 40 f.

121 Vgl. Adalbert Sternberg, *Warum der Obersthofmeister Graf Herberstein es verdient hat, gehohlet zu werden*, in: ders., *Warum Österreich zugrunde gehen musste*, Heft III, Wien 1927, 40–48.

122 Vgl. Gutachten in den Ehrenaffären des Grafen Adalbert Sternberg, abgegeben von GM. Julius v. Beran und GM. Adolf Sterz Edl. v. Ponteguerra, Wien 1923.

123 Vgl. Adalbert Sternberg, *Die Nichtanerkennung ehrengerichtlicher Urteile und Protokolle*, in: ders., *Österreich*, wie Anm. 121, 54–58. Als der Führer einer legitimistischen Gruppe, Oberst Wolff, den Gründer des deutschösterreichischen Offiziersverbandes General Alfred Krauss 1920 „beleidigte“ und daher vor einem Ehrengericht erscheinen sollte, ignorierte er diese Aufforderung, vgl. Drogenik, Krauss, wie Anm. 46, 265.

Der Verlust des Privilegs ritterlicher Selbstjustiz, die ihre bedrohte Ehre mit Hilfe von Gewalt schützen durfte,<sup>124</sup> führte zu einer Aufwertung der letzten sichtbaren Relikte und Zeichen der soldatischen Würde: Vor allem jene Auszeichnungen und Orden, die Tapferkeit, Fronteinsätze und Verwundungen signalisierten, wurden gezeigt. Es hatte allerdings, bedingt durch den Krieg, eine Inflation gegeben, die nur noch bestimmte Auszeichnungen besonders wertvoll erscheinen ließ. Einen ungeheuren Nimbus hatte der Militär-Maria-Theresien-Orden, der nur verliehen wurde, wenn auf Initiative des Ausgezeichneten ein Unternehmen zum Erfolg geführt hatte. Nach der Entmachtung der Dynastie waren diese Ordensverleihungen zur Privatangelegenheit eines Vereines geworden, was allerdings ihre Bedeutung für viele Bewunderer nicht schmälerte. 1.072 Gesuche wurden eingereicht, davon waren 116 erfolgreich, 74 davon wurden erst nach 1921 bewilligt.<sup>125</sup> Doch nicht nur um den Maria-Theresien-Orden, sondern auch um weniger bedeutende Orden kämpften Offiziere mit großer Tatkraft.<sup>126</sup> Für manchen bestand die Erfüllung seines „sehnlichsten Wunsches“ darin, den Titel eines Oberstleutnants gegen den eines Obersten einzutauschen.<sup>127</sup> Obwohl die offiziellen Titelverleihungsaktionen 1924 abgeschlossen waren, wurden „verdiente“ Offiziere, dem Titel nach, häufig in einen höheren Rang versetzt.<sup>128</sup> Beispielsweise wurde Oberstleutnant Bilgeri, der 1920 aus dem Dienst geschieden war, 1929 als Dank für eine Rettungsaktion zum Oberst ernannt, 1925 war ihm für seine Bemühungen um den Fremdenverkehr der Titel Regierungsrat verliehen worden.<sup>129</sup> Auch zivile Titel wurden an Offiziere

124 Das Duell war zwar stets verboten (sowohl nach bürgerlichem, als auch nach Militärstrafrecht), inoffiziell wurde es jedoch nach 1848 in der k.u.k. Armee zu einer sakrosankten Institution. Duellverweigerer verloren ihren Offizierscharakter, Duellanten wurden regelmäßig begnadigt. Erst nach 1901 kam es zur Verrechtlichung der Ehrenkonflikte, vgl. Josef Bartunek, Die Austragung von Ehrengerechtigkeiten, Wien 1912, 39.

125 1931 beendete das Ordenskapitel seine Tätigkeit, vgl. Oskar Hofmann u. Gustav Hubka, Der Militär-Maria-Theresien-Orden. Die Auszeichnungen im Weltkrieg 1914–1918, Wien 1943, 376.

126 Ein Offizier kämpfte vor dem Verwaltungsgerichtshof um einen Orden, den Eisernen Kronen-Orden II. Klasse mit der Kriegsdekoration, der ihm zuerkannt worden war, nach Kriegsende aber nicht mehr zugestanden wurde, vgl. Erkenntnisse des VwGH 1923, wie Anm. 1, 112, Nr. 13.270 A.

127 Der Wunsch des Oberstleutnants i.R. Adolf Deitenhofen ging nicht in Erfüllung. Zuerst suchte er 1922 um die Titelverleihung an, es wurde jedoch abschlägig beschieden, weil ihm die nötige Frontdienstzeit fehlte. Dann versuchte er es 1927 über einen einflussreichen Vetter, der Sektionschef war, wiederum erfolglos, vgl. AdR, NPA, Präs. 27, Deitenhofer.

128 Die Titelverleihungsaktion – die mit den privaten Verleihungen kaiserlicher Orden nicht zu verwechseln ist – war „zur Milderung der Härten des Abbaues“ gedacht, vgl. VBHW, wie Anm. 3, 35/1921, Nr. 337 u. 40/1921, Nr. 381.

129 Vgl. Kirnbauer, Bilgeri, wie Anm. 56, 243 u. 271.

verliehen, allerdings konnten dabei Unstimmigkeiten zwischen dem militärischen Rang und dem in Aussicht genommenen Titel entstehen. Als das Bundesministerium für Heerwesen das Sozialministerium bat, einem besonders verdienten Oberst a.D. Karl Gmach, der nun das Referat für außerordentliche Versorgungsgenüsse (Gnadengaben) leitete, den Titel eines Fürsorgerates zu verleihen, antwortete das Präsidium des Sozialministeriums, „dass sich der Titel eines Bundesstaatlichen Fürsorgerates für einen in so hohem Rang stehenden Offizier wohl kaum als angemessene Auszeichnung darstellen dürfte.“<sup>130</sup>

Die Verleihungen der Orden und Titel strukturierten den Lebenslauf und bildeten ein stützendes Korsett. Militärische Ränge wurden nicht zufällig „Charakter“ genannt. Für Ex-Offiziere war die Sichtbarmachung dessen, was sie nicht mehr waren, um so bedeutender. Das Beispiel des Lebenslaufes des Rittmeisters Wilhelm (Ritter v.) Blaschek mag dies verdeutlichen. 1919 erhielt er die Bestätigung des Antrages auf Verleihung einer Auszeichnung als „Anerkennung für hervorragend tapferes Verhalten vor dem Feinde“, 1921 wurde ihm der Orden der Eisernen Krone III. Klasse mit der Kriegsdekoration und den Schwertern durch seine „Majestät Kaiser Karl“ verliehen, 1922 erhielt er die deutsche Ehrendekoration des Weltkrieges, 1927 wurde er zum Donat 1. Klasse des *Souveränen Malteser-Ritter-Ordens* ernannt, erhielt ein Diplom und ein Schreiben des Kanzlers Graf Hartig. 1928 wurde ihm die Tiroler Landesdenkmünze 1914–1918 überreicht, 1930 die Ungarische Kriegererinnerungsmedaille mit Schwertern und Helm verliehen. 1932 bekam er das Ehrenkreuz für Frontkämpfer, 1933 die österreichische Kriegererinnerungsmedaille. Wenn auch seine Bitte um Reaktivierung durch das *Bundesministerium für Landesverteidigung* 1935 abgelehnt worden war, wurde ihm schließlich als Kompensation 1936 der Titel eines Majors verliehen. Durch die symbolische Verdoppelung wurde sichtbar, welcher Persönlichkeit, welchem „Charakter“ man gegenüberstand.<sup>131</sup> Blaschek war ein kaisertreuer Offizier, unpolitisch und bereit, sich in den Dienst des Ständestaates zu stellen.

Die Verwandlung des Offiziers in einen Staatsbürger, der in Ruhe seine Pension genoß oder einem bürgerlichen Beruf nachging, hatte seinen symbolischen (Offiziers-)Körper nicht völlig zerstören können. Eine merkwürdige und mehrdeutige Aura umgab die Offiziere, deren Zugehörigkeit zu einer archaischen Welt der Ehre und der Gewalt nur selten anders als in Form von Orden sichtbar wurde. In einer Erzählung Franz Nabls wird ein Ex-Offizier als Sekretär des Bürgermeisters schuldlos in eine Bestechungsaffäre verwickelt und sieht sich plötzlich gezwungen,

130 AdR, BM. f. soz. Verwaltung, Präs., 1177/22.

131 Vgl. KA, Nachlaß Blaschke, B/632, Nr. 6, 41–42, 62–64, 68, 70–73 u. 75.

einen Beleidiger zu erschießen.<sup>132</sup> Viele Berichte belegen, daß der Offizierscharakter immer wieder reflexhaft zum Vorschein kam. Als Rittmeister Elmayer von einer sehr wohlhabenden Tanzschülerin ein Geldgeschenk erhielt, wiederfuhr ihm eine derartige Rückverwandlung: „(D)a wurde plötzlich in mir wieder der Offizier wach, der k.u.k. Dragonerrittmeister. Kann ich mir von einer Frau Geld schenken lassen? fragte ich mich.“<sup>133</sup> Die Vorstellung, es gebe eine innere Offizierspersönlichkeit, deren unwandelbare Substanz in gewissen Momenten der Entscheidung hervortrete, fand sich auch bei den Offiziersgegnern. Etwa klagte der sozialdemokratische Abgeordnete Eisler, daß viele der Auditoren, die im Gerichtsdienst tätig seien, „sich heute noch als Offiziere fühlen“.<sup>134</sup> Für die allfälligen Kollisionen gab es jedoch in der Sphäre des bürgerlichen Rechts keine geeignete Instanz: Jeder Richter – sofern er nicht Farbstudent gewesen – müsse fürchten, meinte Robert Musil, er gerate anlässlich der Verhandlung solcher Ehrenangelegenheiten in eine „Gespensterversammlung.“<sup>135</sup>

Die Klagen, die regelmäßig an die Öffentlichkeit drangen,<sup>136</sup> waren Symptome einer kollektiven Enttäuschung. Ein Ex-Offizier, der offenbar den Kampf um die Ehre für verloren hielt, schrieb 1933: „Alles Ehrenvolle, Ehrenhafte, vor den Kriegsjahren allgemein Hochgehaltene wurde und wird seit Ende 1918 systematisch in den Kot gezerrt, mit abweisenden Handbewegungen abgetan, als blödes Traditionsgefasel, als veralteter Sittlichkeits- oder Ehrbegriff bezeichnet“<sup>137</sup>. Der empfundene Verlust an Ehre und Anerkennung, der im Rahmen republikanischer Politik nicht recht kompensiert werden konnte, führte zu Versuchen, dieses Manko auszugleichen. Die zahlreichen Besuche von Offizieren bei der Familie Habsburg geschahen nicht in konspirativer oder direkt politischer Absicht, sondern sind vielmehr als gegenseitige Anerkennungsrituale zu verstehen.<sup>138</sup> Simuliert wurde, was

132 Franz Nabl, *Der Fund* (1937), in: ders., *Der Griff ins Dunkel. Erzählungen*, Wien o.J., 265–275.

133 Elmayer, *Sattel*, wie Anm. 74, 115.

134 Eisler erwähnt, daß 23 Personen in Graz wegen „Meuterei“ angeklagt worden seien, vgl. NP, wie Anm. 10, 12. 3. 1921, 964.

135 Robert Musil, *Der letzte Ritter* (16. 3. 1923), in: ders., *Gesammelte Werke*, Bd. 7, Reinbek bei Hamburg 1978, 669.

136 Etwa beklagte sich „Der Österreichische Offiziersbund“ darüber, wie die Figur des k.u.k. Offiziers in Filmen dargestellt würde. *Der Österreicher. Mitteilungen des Reichsbundes der Österreicher*, Jänner 1928, Nr. 1, 7 („Schutz für Altösterreichs Ehre“).

137 *Der Umsturz der Moral*, in: *Neues Wiener Journal*, 2. 1. 1933, 3.

138 Etwa besuchten die hier mehrfach erwähnten Rittmeister Elmayer, Oberst Waldstätten und Oberst Bilgeri die Familie Habsburg. Es scheint, daß öfters ganze Offiziersgruppenreisen zum jeweiligen Aufenthaltsort der Familie Habsburg organisiert wurden, um eine Audienz zu erhalten,

Vergangenheit war: Die Pensionisten wurden als kaiserliche Offiziere, die Familie Habsburg als Kaiserhaus, Zita und Otto als Majestäten gewürdigt.

### Kampf um Erinnerung und Politik

Die k.u.k. Armee hatte sich selbst als unpolitisch stilisiert, sie wurde „die große Schweigerin“ genannt, obwohl ihre Offiziere schon im 19. Jahrhundert mit großem Eifer publizistisch tätig waren. Die Offiziere hatten weder das passive, noch das aktive Wahlrecht, solange sie aktiv dienten. Politik galt als verachtenswert, man war nur dem Kaiser verpflichtet. Diese Tradition wirkte teilweise fort. In den Memoiren und sonstigen Stellungnahmen von Offizieren findet sich regelmäßig die Behauptung, man nehme eine unpolitische Haltung ein. Feldmarschall a.D. Conrad schrieb 1921 an einen Freund: „Ich laufe auf den Bergen herum, schreibe und lese, aber keine Zeitungen. Um Politik und dergl. kümmere ich mich prinzipiell gar nicht, das habe ich gründlich satt.“<sup>139</sup> Auf eine Rede Otto Bauers, die in der *Neuen freien Presse* publiziert worden war, reagierte der Feldmarschall allerdings recht prompt. Es dürfe nicht mehr geschehen, hatte Bauer, damals Staatssekretär für Äußeres, gesagt, daß vier Herren, drei Grafen und ein General, einen Krieg anzetteln können.<sup>140</sup> Noch am selben Tag schrieb Conrad an Otto Bauer, „daß alle von Ihnen genannten Funktionäre es freudigst begrüßt hätten, wenn ihnen durch eine entsprechende Verfassungseinrichtung die Verantwortung für die Führung der Politik (...) abgenommen gewesen wäre; – nach den damals bestandenen Bestimmungen war es jedoch ihre Pflicht, diese schwere Last zu tragen und nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln.“ Es fehlte nicht der Hinweis, daß die „Entente und ihre Vorschubleister“ auf den Krieg hingearbeitet hatten.<sup>141</sup> Von Conrad ist bekannt, daß er seine letzten Lebensjahre bezeichnenderweise der Dokumentation seiner eigenen Dienstzeit widmete. Das proklamierte Desinteresse an der Politik hatte einen doppelten Boden und zahlreiche Facetten. Die beiden wichtigsten Dimensionen waren der Kampf um die Erinnerung und der um die Macht im Staat. In Österreich waren bei der Aufarbeitung der Geschichte des Weltkrieges und sei-

vgl. den Bericht des Generaloberst Carl Kirchbachs an Viktor Dankl vom 10. 6. 1929, KA, Nachlaß Dankl, B/3, Nr. 10, f. 283.

139 Conrad an Zeynek am 19. 12. 1921 aus Innsbruck, in: KA B/151, Nr. 2, Nachlaß Zeynek, Erinnerungen: Das Leben eines ö.-u. Generalstabsoffiziers von GM. Theodor R. v. Zeynek (datiert 3. 3. 1940).

140 Vgl. *Neue Freie Presse*, 15. 1. 1919.

141 Schreiben Conrad an Otto Bauer, Wien 15. 1. 1919, in: AdR, NPA, Nr. 26.

ner Ursachen ehemalige Berufsoffiziere führend, sie hatten ja auch einen nicht nur symbolisch höchst bedeutsamen Ort besetzt, das Kriegsarchiv. Wenn auch große Rivalitäten zwischen einzelnen prominenten Heerführern existierten, so hielten sich doch die allermeisten Offiziere an die Maxime, daß die Ehre der alten Armee mit allen Mitteln zu retten sei. Anlässlich einer Denkschrift des Generals Krauss, durch die sich einige Generäle belastet sahen, legte Feldmarschalleutnant Othmar Panesch 1928 seinen Standpunkt in einem Brief an Generaloberst Viktor Dankl dar. Er wisse sich mit dem Direktor des Kriegsarchivs und Generaloberst Arthur Arz darin einig, daß Akten, „in welchen Officiere der alten Armee verunglimpft werden, überhaupt nicht im Kriegsarchiv deponiert werden dürfen.“<sup>142</sup>

Abgesehen von dieser insgesamt recht erfolgreichen Defensivstellung hielten Offiziere den strategisch bedeutsamen Ort des kollektiven Gedächtnisses besetzt.<sup>143</sup> Man wurde auf mehreren Ebenen tätig: In den erwähnten Netzwerken und ihren Publikationsorganen, durch Vorträge, aber auch durch populärwissenschaftliche Werke, nicht zuletzt durch belletristische Arbeiten, die sehr große Verbreitung fanden.<sup>144</sup> Die (populär-)wissenschaftlichen Arbeiten verfolgten zwei Ziele: Zum einen die Erledigung des Vorwurfs, Österreich-Ungarn und seine Armee habe eine (Mit-)Schuld am Weltkrieg, zum anderen wurde versucht, die Niederlage zu beschönigen oder ganz zu beseitigen. „Es war die Auflösung von innen“, schrieb Feldmarschall Auffenberg, „die unsere Reihen zerbrach.“<sup>145</sup> Das Buch des Generals Krauss über *Die Ursachen unserer Niederlage* machte die „krankhaften“ inneren Verhältnisse vor 1914, die auf die Armee abgefärbt hätten, und die „Kriegsfeindlichkeit“, die in „vollster Verblendung oder in verbrecherischer Gewissenlosigkeit“ alles tat, „um die Kriegsführung zu unterbinden“, verantwortlich. Die Dolchstoßmetapher bezog Krauss auf die „Amnestie politischer Verbrecher“ vom 3. Juli 1918, damit habe eine „willige Hand (...) Österreich den gut gemeinten Dolch

142 Othmar Panesch an Viktor Dankl, 16. 1. 1928, in: KA, B/3, Nr. 10, Nachlaß Dankl, Korrespondenz, f. 107.

143 „Kennzeichnend für die österreichische Weltkriegsforschung ist“, schreibt der Archivar Rudolf Jeřábek, „daß die Beschreibung der militärischen Aspekte bis weit nach 1945 von den ehemaligen k.u.k. Offizieren monopolisiert wurde.“ Rudolf Jeřábek, *Die österreichische Weltkriegsforschung*, in: Wolfgang Michalka, Hg., *Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse*, München u. Zürich 1994, 953.

144 Rudolf von Eichthals Novellenband „Miczike“ (1931) erreichte sechs Auflagen (47.000 Exemplare), „Der göttliche Funke. Roman aus Altösterreich“ (1936) erreichte eine Gesamtauflage von 54.000, vgl. Walter Jary, Hg., *Rudolf von Eichthal, Oberst dG a.D.*, Wien 1969, 15.

145 Auffenberg-Komarów, *Aus Österreichs Höhe und Niedergang*, München 1920, 513.

in den Rücken“ gestoßen.<sup>146</sup> Ihre deutschnationale Tendenz war übrigens weit verbreitet.<sup>147</sup> Auch Feldmarschall Conrad machte den „Verrat“ der nichtdeutschen Nationalitäten der Monarchie für die Niederlage verantwortlich, sie hätten „sich kriechend unseren Feinden vor die Füße geworfen“.<sup>148</sup> Auch der Generalmajor d.R. Hugo Kerchnawe war ein vehementer Verfechter der Dolchstoßlegende. Er publizierte eine Montage von Akten, die keinen Zweifel an der wahren Ursache entstehen lassen sollte. Er zitierte beispielsweise den Generalstabschef der 10. Armee mit der Aussage, die „Ursachen für den Zusammenbruch an der Front sind (...) seit langem bekannt.“ Von den Vertretern der Armee sei stets „auf die mangelhafte Verpflegung, Ausrüstung und zersetzenden Einflüsse der Politik des Hinterlandes hingewiesen worden.“<sup>149</sup> Der Topos, daß das „Hinterland“, die Zersetzung in der Heimat, für den Zusammenbruch der Front verantwortlich sei, bildet die zentrale Aussage des Werks. In einer 1932 publizierten Analyse suchte Kerchnawe die Ursachen der Niederlage in einer weiter zurückliegenden Phase. Nun machte er die technische, vor allem aber auch die zahlenmäßige Unterlegenheit der Mittelmächte verantwortlich. „Die Hauptschuld“, so meinte er, „hatte das Parlament.“<sup>150</sup> Conrad regte an, nach den Ursachen für „Diskreditierung, Zersetzung und schließlich Auflösung der Wehrmacht“ in den Propagandaschriften der Sozialdemokraten ab den 1890er Jahren zu suchen.<sup>151</sup> Mit diesen vielfältigen Schuldzuschreibungen, die stets eine Exkulpierung des Offizierskorps inkludierten, ging eine Verklärung und Mythologisierung der Armee einher. 1923 gab Kerchnawe in der Reihe *Im Felde unbesiegt* einen Sammelband *Oesterreich* heraus.<sup>152</sup> Schon der Reihentitel suggerierte, daß die k.u.k. Armee den Krieg nicht verloren hatte. Neben zahlreichen

146 Alfred Krauss, *Die Ursachen unserer Niederlage. Erinnerungen und Urteile aus dem Weltkrieg*, München 1920, 72 ff. u. 278–280.

147 Wilhelm Winkler, Beamter des Statistischen Zentralamtes, versuchte zu belegen, daß die „rein deutschen Gebiete“ der Monarchie die höchsten Opferzahlen im Krieg aufzuweisen hatten, vgl. Wilhelm Winkler, *Die Totenverluste der österreichisch-ungarischen Monarchie nach Nationalitäten*, Wien 1919.

148 Conrad von Hötzendorf, *Private Aufzeichnungen*, hg. v. Kurt Peball, Wien 1977, 173.

149 Hugo Kerchnawe, *Der Zusammenbruch der Oesterr.-Ungar. Wehrmacht im Herbst 1918*, München 1921, 165.

150 Ders., *Die unzureichende Kriegsrüstung der Mittelmächte als Hauptursache ihrer Niederlage*, Wien 1932, 56.

151 Conrad, *Aufzeichnungen*, wie Anm. 148, 128.

152 „Opferfreudig und selbstlos“, so wird im Vorwort geschrieben, „tat es in viereinhalb Jahren seine schwere Pflicht und stumm, klaglos und nur zu gehorsam verschwand es vom Schauplatz, als es sein schwach gewordener letzter Kriegsherr mit einer zagen Geste entließ.“ Hugo Kerchnawe, *Im Felde unbesiegt. Erlebnisse im Weltkrieg erzählt von Mitkämpfern*, 3. Bd. (Oesterreich), München 1923, 5.

Regimentsgeschichten – auf die hier nicht eingegangen werden kann – erschien 1935 ein zweibändiges, großformatiges, reich illustriertes Werk, das sämtliche Elemente mythischer Glorifizierung in sich vereinigte: das 900 Seiten starke *Ehrenbuch unserer Artillerie*.<sup>153</sup> Es verband Traditionspflege mit Politik, in dem es den Leutnant a.D. Kurt Schuschnigg – flankiert von weiteren Politikern des Ständestaates – in eine Reihe mit legendären Offizieren stellte.<sup>154</sup> Ganz ohne Absicht offenbarte sich in diesem Bildmosaik eine Metamorphose: Aus dem kaisertreuen war nun offen sichtbar der politische Offizier geworden. Es war bezeichnend, daß Oberleutnant d.R. Dollfuß seine programmatische Rede am Wiener Trabrennplatz am 11. September 1933 in der Offiziersuniform der Tiroler Kaiserjäger gehalten hatte.

Unter den Politikern der Ersten Republik finden sich in beinahe allen Parteien nicht nur zahlreiche Reserveoffiziere (Guido Jakoncig, Odo Neustädter-Stürmer, Heinrich Gleißner, Carl Habich, Engelbert Dollfuß, Franz Winkler, Julius Raab, Arthur Seyss-Inquart, Otto Bauer, Julius Deutsch), sondern auch etliche ehemalige Berufsoffiziere (Eduard Baar-Baarenfels, Karl Weller, Ernst Streeruwitz, Emil Fey, Ludwig Hülgerth, Walter Adam, Carl Vaugoin, Theodor Körner, Alexander Eifler, Edmund Glaise-Horstenau, Alois Schönburg-Hartenstein). Unter den 213 Mandataren des Ständestaates finden sich insgesamt 39 Offiziere (18,3 Prozent), von denen zwölf ehemalige Berufsoffiziere (5,6 Prozent) und 27 Reserveoffiziere (12,7 Prozent) waren.<sup>155</sup>

Viele Offiziere arbeiteten für monarchistische Verbände, die allerdings nach den mißlungenen Restaurationsversuchen Karl Habsburgs an Bedeutung verloren.<sup>156</sup> Vor allem jedoch über die Heimwehren gelangten sie in politische Funktionen. Die bewaffneten konservativen Wehrverbände boten ihnen vielfältige Aktionsmöglichkeiten.<sup>157</sup> Sehr rasch war schon seit 1919 ein zunehmend flächendecken-

153 *Ehrenbuch unserer Artillerie*, hg. v. Reichsbunde der Artillerievereinungen Österreichs (bearbeitet von Hugo Kerchnawe), 2 Bde., Wien 1935/36.

154 Handelsminister Friedrich Stockinger, Vizekanzler Richard Schmitz und Vizebürgermeister Fritz Lahr waren ebenfalls ehemalige Artillerieoffiziere, vgl. ebd., Bd. 1, Einleitung u. Bd. 2, 562.

155 Vgl. Gertrude Enderle-Burcel, Mandatare im Ständestaat 1934–1938. Biographisches Handbuch der Mitglieder des Staatsrates, Bundeskulturrates, Bundeswirtschaftsrates und Länderrates sowie des Bundestages, Wien 1991.

156 Vgl. NP, wie Anm. 10, 25. 10. 1921, 2219–2226. Zwar wurde 1922 von monarchistischen Offizieren die illegale Kampforganisation ‚Ostara‘ gegründet, diese wurde allerdings 1923 schon wieder aufgelöst und die Führer verhaftet, vgl. Mc Loughlin, Schutzbund, wie Anm. 62, 75. Putschgerüchte, die sich vor allem auf monarchistische Offiziere bezogen, gab es jedoch weiterhin, vgl. Julius Deutsch, Schwarzgelbe Verschwörer, Wien 1925.

157 Im Republikanischen Schutzbund war nur eine sehr kleine Gruppe von circa 15 Ex-Offizieren tätig, vgl. Tobler, Eifler, wie Anm. 26, 90, u. Mc Loughlin, Schutzbund, wie Anm. 62, 32.

des System des Heimatschutzes in enger Kooperation mit deutschen Organisationen aufgebaut worden, dessen militärische Stabsleiter Ex-Offiziere waren.<sup>158</sup> Der Zweck bestand zunächst darin, eine Revolution zu verhindern, doch bald wurden die anwachsenden Privatarmeen selbst Werkzeuge potentieller Putschisten, die Republik und Demokratie beseitigen wollten. Solange die Volkswehr und das Bundesheer sozialdemokratisch dominiert schienen, wurden die Heimwehren als Konkurrenz aufgebaut.<sup>159</sup> Die Initiative ging von Offizieren aus, und ihnen verdankte sich auch der revanchistische Grundzug,<sup>160</sup> der den Heimwehren und anderen Formationen gemeinsam war. „Hiltl ist unser Führer, Hiltl ist unser Rächer“, so lautete ein Kampfruf der *Frontkämpfervereinigung*.<sup>161</sup> Mit zunehmender Radikalisierung der Innenpolitik begann die revanchistische Politik, die Offiziere so oft gefordert hatten, eingelöst zu werden. Das berüchtigte, militant-faschistische *Korneuburger Programm* von 1930 inkludiert mit seiner Absage an den Parlamentarismus, seinem Bekenntnis zu Opferwillen und Führerprinzip eine Rehabilitierung militaristischer Offiziersideologie.<sup>162</sup> Die politischen Offiziere waren meist auf mehreren Ebenen tätig: In ihren politischen Funktionen wurden sie oft durch ihre leitenden Stellungen in den Betrieben gestärkt und nutzten diese Machtpositionen, um Mitarbeiter für die politische Sache zu gewinnen.<sup>163</sup> Nicht zu unterschätzen war auch die Arbeit kleinerer Zirkel, Vereine und Geheimbünde, die nicht als politische Parteien auftraten, durchaus jedoch politische Ziele verfolgten.<sup>164</sup> Bardolf leitete

158 Teilweise wurden Organisationsstrukturen, z. B. Konfidentennetze der alten k.u.k. Armee reaktiviert, vgl. Ludger Rape, Die Vorarlberger Heimwehr und die bayrische Rechte 1920–1923, in: Meinrad Pichler, Hg., Nachträge. Zur Vorarlberger Landesgeschichte, Bregenz 1982, 86.

159 Nicht nur bezeichneten die Heimwehrführer noch 1920/21 Volkswehr bzw. Bundesheer als größte Bedrohung, sondern sie verübten auch Waffendiebstähle und Sabotageakte in Depots der österreichischen Streitkräfte, vgl. ebd., 89.

160 Ein politisierter Offizier, der Sicherheitsdirektor und kurzfristig Minister geworden war, erinnerte sich später: „Ab 1918 war ich als enttäuschter Soldat pazifistischen Gedankengängen abgeneigt und Revanchegehlüsten durchaus nicht unzugänglich.“ Hammerstein, Anfang, wie Anm. 120, 62.

161 Dr. v. Stein (Hauptmann a.D.), Er brach die Bahn, in: Eugen Hammer, Hg., Oberst Hiltl. Ein Gedenkbuch, Wien 1932, 169.

162 Vgl. Klaus Barchold, Hg., Österreichische Parteiprogramme 1868–1966, Wien 1967, 402 f.; Herbert Gieler, Die Wehrverbände in der Ersten Republik, Diss. Wien 1965, 122.

163 Beispielsweise nützte der NSDAP-Finanzier und Ex-Berufsoffizier Baron Gustav Wagner-Wehrborn seine innerbetriebliche Machtstellung als Schwiegersohn Victor Hämmerles, um seine Rückkehr aus einem Anhaltelager im April 1934 zu einem Triumphzug durch Dornbirn zu gestalten, an dem 2.000 Personen (größtenteils Mitglieder der Belegschaft der Firma F.M. Hämmerle) teilnahmen, vgl. Harald Walser, Die Hintermänner. Vorarlberger Industrielle und die NSDAP 1933/34, in: Pichler, Hg., Nachträge, wie Anm. 158, 101.

164 Die ‚Deutsche Gemeinschaft‘ etwa vereinte Berufs- und Reserveoffiziere mit Staatsbeamten,

den einflußreichen *Deutschen Klub* und spekulierte zeitweise mit der Möglichkeit, Führer aller Heimwehren zu werden. Auch Seyss-Inquart hatte enge Verbindung zum Heimwehrführer Fähnrich a.D. Starhemberg.<sup>165</sup> Allerdings zeigte das Scheitern von Gruppierungen, deren Führerpersönlichkeiten politisch-taktische Kalküle allzusehr ignorierten, daß der Status des Offiziers keinen ausreichenden Schutz mehr darstellte. Rittmeister Fritz Riedl, der eine legitimistische Gruppe in Graz gegründet hatte, verletzte nicht nur einen Demonstranten mit einem Bajonettstich am Kopf, sondern übertrieb auch seine Bereitschaft, die Restaurationsversuche Karl Habsburgs zu unterstützen. Er mußte nach Ungarn flüchten und wurde steckbrieflich gesucht.<sup>166</sup> Oberst Gustav Wolff, Führer einer der größten legitimistischen Gruppen – vom legitimistischen Blatt *Der Oesterreicher* wurde er als „Fanatiker des alten Oesterreich, ein Fanatiker seines Fahneneides, ein Fanatiker der Treue zu seiner Dynastie“ gefeiert –, wurde wegen Hochverrats und Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung zu einem Jahr schweren Kerkers verurteilt, weil er in einem Schreiben an die ungarische Gesandtschaft gefordert hatte, Ungarn solle die Nichtauslieferung des Revolutionsführers Béla Kun als Kriegsfall betrachten und in Österreich einmarschieren.<sup>167</sup> Auch die *Frontkämpfervereinigung* wurde – nachdem sie ihren Beitrag zur Militarisierung der Republik<sup>168</sup> geleistet hatte – 1935 aufgelöst. Von der *Reichspost* wurde sie als „Bahnbrecher gegen die rote Flut“ gewürdigt, ihrem „obersten Führer“ Major a.D. Walter Kopschitz jedoch „lächerlicher Byzantinismus“ vorgeworfen. Man bezichtigte die *Frontkämpfer* nicht zu Unrecht der engen Kooperation mit den Nationalsozialisten.<sup>169</sup>

Dieses konfliktträchtige Verhalten war keineswegs vereinzelt. Viele auf den ersten Blick absurde Kämpfe in der Politik der Ersten Republik, die mit Hilfe von

Rechtsanwälten, Unternehmern, Gelehrten und Schriftstellern. In ihr waren unter anderem die Ex-Offiziere Karl Wache, Bruno Brehm, Arthur Seyss-Inquart und Carl Bardolff aktiv, vgl. Wolfgang Rosar, *Deutsche Gemeinschaft. Seyss-Inquart und der Anschluß*, Wien, Frankfurt am Main u. Zürich 1971, 32.

165 Vgl. ebd., 39.

166 Vgl. dazu die parlamentarischen Anfragen vom 2. 9. und 13. 10. 1921, die Erklärung und Anfragebeantwortung des Bundeskanzlers im Nationalrat vom 25. 10. und 12. 11. 1921, in: NP, wie Anm. 10, 2. 9, 1921, Nr. 81, Anhang, 362 f.

167 Das „Recht“ des heutigen Oesterreich. Zur Verurteilung des Obersten Wolff, in: *Der Oesterreicher*, August 1928, Nr. 8, 4; vgl. Oberst Wolff vor den Geschworenen, in: *Neues Wiener Journal*, 18. 7. 1928, 7; Oberst Wolff zu einem Jahr schweren Kerkers verurteilt, in: ebd., 19. 7. 1928, 1.

168 Es waren Frontkämpfer gewesen, die für die Morde in Schattendorf verantwortlich waren, vgl. Gertrude Enderle-Burcel, *Militarisierung der Gesellschaft – Aspekte österreichischer Wehrpolitik*, Mitteilungen des österreichischen Staatsarchivs 43 (1993), 178–193.

169 Messerer, *Frontkämpfervereinigung*, wie Anm. 48, 50 ff.

Ehrbeleidigungen und Intrigen ausgetragen wurden, lassen sich nur vor dem Hintergrund des politischen Verständnisses von Offizieren erklären. Die Verachtung demokratischer, republikanischer Prinzipien führte zur Ablehnung, per Mehrheitsentscheidung gewählt zu werden. Man wollte sich ernannt oder von einer Gesamtheit ermächtigt wissen. Die Zusammenarbeit funktionierte nur dort, wo im Rahmen der Erinnerungspolitik identitätsstiftende Vergangenheit und gemeinsame Feindbilder konstruiert wurden. Politische Projekte dagegen scheiterten häufig an Rivalitäten und an der Fehleinschätzung des politischen Gegners. Da die simple Mechanik von Befehl und Gehorsam, Ehre und Verrat ins politische Feld projiziert wurde, wo sich Autorität bzw. Macht auf komplexe Weise konstituierten, entstanden Kompetenzstreitigkeiten und Intrigen. Denn die nicht mehr verbindliche, von vielen Offizieren aber für sakrosankt gehaltene und gleichsam als symbolische Urgrammatik betrachtete militärische Hierarchie war in den Heimwehren und den Parteien durch neue Organisations- und Karrieremuster ersetzt worden.

Die Zurücksetzung eines Majors und Theresienritters hinter einen Fähnrich a.D. oder einen Reserveoberleutnant war schwer zu bewältigen und wurde vermutlich durch Ressentiments kompensiert. Ein General, der beim Aufbau eines Wehrverbandes hinter einen Major zurücktreten mußte, sah sich gezwungen, seinen Groll hinter stolzer, aber problematischer Zurückhaltung zu verbergen und auf einen Ruf zu warten, der nie kam. Das Mißverstehen politischer Mechanismen führte nach mißglückten Plänen und Versuchen der Machtergreifung schließlich zur Instrumentalisierung durch eine autoritäre Politik unter Dollfuß, die sich der militärischen Ästhetik geschickt bediente.

Die Phrase von der unpolitischen Haltung des Offiziers entlarvte sich selbst: Entweder huldigte er längst offen einem politischen Bekenntnis, oder er ließ sich von Ideologien und Mächten kritiklos verpflichten. Die Kultivierung des „unpolitischen“ Habitus ermöglichte es 1938 immerhin 1.600 Offizieren, von der deutschen Wehrmacht übernommen zu werden, 220 ehemalige k.u.k. Offiziere dienten als Generäle in Hitlers Armee.<sup>170</sup>

170 Vgl. Christoph Allmayer-Beck, Die Österreicher im Zweiten Weltkrieg, in: Unser Heer. 300 Jahre österreichisches Soldatentum in Krieg und Frieden, Wien, München u. Zürich 1963, 346; István Deák, Der k.(u.)k. Offizier 1848–1918, Wien, Köln u. Weimar 1991, 254.